



FESTSCHRIFT

Verkaufspreis 2,50 M

INHALT

	Seite
MARGARETE DANZ	
Vorwort	3
HEINZ MARQUARDT	
Die Frühgeschichte unseres Ortes	5
a) Was wir über die Gründung unseres Ortes vermuten dürfen .	5
b) Etwas über die älteste Urkunde	6
c) Die Schreibweisen unseres Ortsnamens	7
d) Frohndienste in Otterwisch	8
e) Die Ablösung der Hutung in der Schalbiger Mark	10
f) Unser Dorf kurz nach dem 30jährigen Krieg	12
g) Die letzte Hinrichtung in Otterwisch	12
h) Der Gasthof „Zum goldenen Lamm“	13
i) Die Zeit der napoleonischen Kriege	16
j) Die Einführung der Landgemeindeordnung	17
k) Otterwisch 1848	23
l) Als die Postkutsche durch unser Dorf rollte	24
m) Unser Bahnhof	26
n) Etwas über Moritz Winter	26
WERNER HECKEL	
Die gesellschaftspolitische Entwicklung in unserer Gemeinde . .	28
WERNER HECKEL	
Unsere sozialistische Landwirtschaft	34
WERNER RIEDEL	
Die Geschichte des Sports in unserem Ort	39
RICHARD SCHAFFRANEK	
Die Entwicklung des Volksbildungswesens	44
WERNER HECKEL	
Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr	49
WERNER HECKEL	
Die medizinische Betreuung in unserem Ort	53

Vorwort

Die Einwohner der Gemeinde Otterwisch begehen im Juni dieses Jahres festlich und mit Stolz das 700jährige Bestehen ihres Ortes. Das ist für jeden Bürger Anlaß, Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung seiner Gemeinde zu halten. Unser Ort ist als ausgesprochenes Bauerndorf entstanden und seine Bewohner haben alle Schattenseiten der feudal-kapitalistischen Gesellschaftsepochen uneingeschränkt kennenlernen müssen. Um so mehr kann heute jeder Einzelne die in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat vor sich gegangene stürmische gesellschaftliche Entwicklung ermessen.

Im 20. Jahr der Existenz der souveränen Deutschen Demokratischen Republik ist es darum allen Bürgern unserer Gemeinde ein Herzensbedürfnis, die 700-Jahr-Feier zum Höhepunkt in der Vorbereitung zum 20. Geburtstag unserer sozialistischen Republik zu machen. Unser Friedensstaat sichert allen Menschen Arbeit und Brot und ein von der Ausbeutung befreites kulturvolles Leben in ständig steigendem Wohlstand. Was unsere Vorfahren in Generationen erträumten, konnte die geeinte Arbeiterklasse im festen Bündnis mit der Bauernschaft in der Deutschen Demokratischen Republik in wenigen Jahren verwirklichen. Unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in enger Verbindung mit den Blockparteien und den demokratischen Massenorganisationen, haben viele Bürger durch ihre aktive Mitarbeit in der Gemeindevertretung, in den Ständigen Kommissionen, im Aufbauwerk der Nationalen Front oder als Aktivist der ersten Stunde dazu beigetragen, auch in Otterwisch die revolutionären Umwälzungen erfolgreich durchzusetzen und die sozialistische Entwicklung unseres Dorfes zum Anliegen aller zu machen. Das zeigt die gewaltige Veränderung des Bewußtseins unserer Bürger. An der Lösung der ideologischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben waren breite Schichten der Einwohnerschaft beteiligt. Unsere 700-Jahr-Feier ist darum ein Höhepunkt im Leben unserer Bürger und gleichzeitig ein Meilenstein zur Entwicklung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft.

Die Festschrift gibt allen unseren Gästen und Einwohnern einen groben Überblick über die geschichtliche Entwicklung unseres Ortes. Unser besonderes Anliegen ist dabei, die Entwicklung in unserer Gemeinde nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee darzulegen. Wir möchten Sie mit dem bekannt machen, was wir aus eigener Kraft und Aktivität mit der Unterstützung unseres sozialistischen Staates selbst geschaffen haben. Großes wurde bisher erreicht. Noch Größeres gilt es in der Perspektive zu realisieren.

Wir möchten allen danken, die an dieser Festschrift mitgewirkt haben. Unser Dank gilt auch allen denjenigen Aktiven, die in den verschiedenen Kommissionen zur Vorbereitung und Durchführung unserer 700-Jahr-Feier gute Arbeit geleistet haben. Das gilt ganz besonders für das Festkomitee.



Frühgeschichte — historische Entwicklung

a) Was wir über die Gründung unseres Ortes vermuten dürfen

Im Zuge der Völkerwanderung hatten die ostgermanischen Stämme ihre Sitze östlich der Linie Elbe—Saale verlassen und waren abgewandert. Im 6. Jahrhundert drangen die Slawen in diese Räume ein und besiedelten sie. So sind die vielen Siedlungen in unserem Kreis, vor allem östlich der Mulde, aber auch bis in unsere nächste Nachbarschaft (Pomßen, Lausick) entstanden. Die Flurform (Block- und Streifenfluren), die Ortsform (Platzdorf) und — wenn auch mit Vorsicht — die Ortsnamen ermöglichen es dem Wissenschaftler, solche Siedlungen als slawische zu erkennen.

Ein großes Waldgebiet, Bannwald genannt, lange Zeit hindurch Streitobjekt zwischen den damaligen kirchlichen und weltlichen Herren und — wie ein zeitgenössischer Bericht angibt — durch folgende Orte begrenzt:

Kohren—Nerchau—Pausitz bei Wurzen — Taucha—Portitz—Gundorf bei Leipzig, war zunächst noch unbesiedelt. Also müssen wir uns auch unsere Gegend damals als mit Wald bedeckt vorstellen. Und die Waldungen unserer engsten Heimat (Buchholz, Brachlehden, Dögen's Holz, Hungers Morgen) bis zu denen der weiteren Umgebung (Belgershainer, Naunhofer Wald, Glastener und Colditzer Forst) sind die Überreste jenes großen, geschlossenen Waldgebietes.

Wenn nun — wie uns bekannt — der Name unseres Ortes in einer Urkunde aus dem Jahre 1269 zum erstenmal genannt wird, ist dieses Jahr nicht etwa das Gründungsjahr von Otterwisch. Dieses Gründungsjahr wissen wir nicht. Aber auch hier vermag der Wissenschaftler wiederum anhand der Flurform — Otterwisch hat Geländeflur mit Gutsblöcken — und der Ortsform—Straßendorf unser Dorf als Kolonistendorf zu erkennen und sein Entstehen um die Zeit ab Mitte des 12. Jahrhunderts anzusetzen. Freilich der Ortsname selbst und seine Deutung macht uns zu schaffen (s. dotz!). Hier vermag der Wissenschaftler nicht so eindeutig zu erklären, wie es beispielsweise beim Namen unseres Nachbardorfes Belgershain der Fall ist.

Aber auch wir dürfen uns vorstellen, daß eines Tages ein Zug von Bauern mit Ochsen- oder Pferdegespannen hier ankamen, geführt von einem — wie man damals sagte — Lokator oder Siedelmeister. Alle ihre Habe hatten sie mitgebracht, nicht nur Frau und Kind, sondern auch allerlei Hausrat und eine Menge Werkzeug. Damals entstand nach harter Rodearbeit unser Heimatdorf. Und wenn die schmucken Dreiseithöfe, die heute unserem Dorf das Gepräge geben, auch nicht mehr aus jener Zeit stammen, die Genäudranlage (Wohnhaus mit Kuhstall—Scheune—Pferdestall) ist von altersher die gleiche geblieben.

Freilich, die Frage, woher unsere Vorfahren kamen, vermögen wir nicht zu beantworten. Eher schon die andere, sich uns aufdrängende Frage: Warum verließen sie ihre alte angestammte Heimat und kamen in dieses Waldgebiet, wo sie von neuem anfangen mußten und zunächst nichts als Arbeit, harte schwere Arbeit ihrer harrte? Zweierlei Gründe mögen es gewesen sein:

1. In ihrer alten Heimat vermochten die Bauernsöhne, die den väterlichen Hof nicht erbten, keinen eigenen Hof mehr zu erwerben;
2. in ihrer alten Heimat seufzten die Bauern schon damals unter den Fronen und Abgaben, die ihnen die Grundherren auferlegt hatten. Hier dagegen — in der neuen Heimat — winkten ihnen wesentliche Vergünstigungen, nämlich persönliche Freiheit, ein festes, unveräußerliches Besitzrecht. Zwar waren sie auch hier nicht gänzlich frei von Abgaben, aber diese Belastungen (Grundzins und Abgaben) waren gering. Und auch die von ihnen geforderten Frondienste bestanden im wesentlichen in kleinen Dienstleistungen, die dazu noch im Interesse der Allgemeinheit erforderlich waren (Brücken-, Straßenbau). All diese Vergünstigungen vermochten, daß der große Bannforst bald verschwand und neuen Siedlungen Platz machte, zu denen auch unser Otterwisch gehörte.

Aber auch hier verwandelte sich das Bild zum Unheil der nachfolgenden Generationen. Und aus einem späteren Bericht unseres Heftchen's (Frondienste in Otterwisch) ersehen wir, daß wenige Jahrhunderte später auch in unserem Otterwisch von den bei seiner Gründung vorhandenen Vergünstigungen nichts mehr vorhanden war.

b) Etwas über die älteste Urkunde, in der unser Ort genannt wird

Datum: 8. 10. 1269

Inhalt: Bischof Friedrich von Merseburg bestätigt die Schenkung, welche Markgraf Heinrich der Erlauchte dem Cisterzienser (Frauen-) Kloster in Grimma mit dem Patronatsrechte über die Kirche in „Parde“- (Bardau) gemacht und bestimmt die Einkünfte des Plebans an Zinsen und Zehnten von Gütern in
O t t e r w i s c h (= Otterwisch) H o e n s t e d t (= Hohnstädt)
Berenbruch (= Bernbruch) (Gros- und Klein-Parde (= Groß- und Kleinbardau)

Quelle: Die Urkunde befindet sich unter Nr. 736 im Hauptstaatsarchiv Dresden und ist abgedruckt in „Codex Dipl. Sax. Reg. II, 15. Band“.

Bemerkungen: Die Urkunde ist — wie damals nicht anders üblich — in lateinischer Sprache verfaßt und versehen mit zwei Siegeln (Bischof und Domkapitel Merseburg) an Fäden aus roter Seide.

Eine Photokopie dieser Urkunde sowie eine Verdeutschung des gesamten Textes wird in der anlässlich der 700-Jahr-Feier geplanten Ausstellung zu sehen sein.



Original-Schenkungsurkunde (Hauptstaatsarchiv Dresden)

c) Die Schreibweise unseres Ortsnamens

Die älteste uns bekannte Schreibweise unseres Ortsnamens lautet O t e r - w a s h (Urkunde aus dem Jahre 1269).

Welche Veränderungen in der Schreibweise in den verschiedenen Jahrhunderten auftraten, zeigt untenstehende Aufstellung mit Angabe der Jahreszahl, aus der die betreffende Urkunde stammt. — Es ist aber schwierig, ja unmöglich, eine Deutung unseres Ortsnamens vorzunehmen. Horst Naumann, der verdienstvolle Erforscher der Orts- und Flurnamen unserer engsten Heimat (die Orts- und Flurnamen der Kreise Grimma und Wurzen, Berlin 1962), der die rund 300 Ortsnamen dieser beiden Kreise — in dieser Zahl sind rund 110 Namen für Wüstungen enthalten — deutete, reiht Otterwisch in die nur 4 Namen umfassende Gruppe heute noch bestehender Ortschaften ein, deren Bedeutung unklar ist. Er hält Otterwisch für „einen schwer deutbaren Ortsnamen, der in seiner heutigen Gestalt wohl aus dem Deutschen zu erklären ist“ (Naumann, S. 151). Im ersten Teil des Wortes, dem Bestimmungswort, „Oter“ wird wohl das Wort „Otter“ (Fischotter) enthalten sein, das im Althochdeutschen „Ottar“ bzw. „Oter“ und im Mittelhochdeutschen „Otter“ lautete. Für den zweiten Teil

des Wortes aber, dem Grundwort, läßt sich keine eindeutige Erklärung finden. Er kommt zu dem Schluß, daß „es sich also um einen slawischen Ortsnamen zu handeln scheint, der lautlich so stark dem Deutschen angeglichen wurde, daß seine ursprüngliche Form sich nicht mehr erkennen läßt“ (Naumann, a. o. S. 151). Wenn Kötzschke (Die Frühzeit deutscher Kultur auf Leipzig's Heimatboden in Reumuth, Heimatgeschichte für Leipzig, Leipzig 1927, S. 84) Otterwisch als „Natternschlupf“ deutet, so geht er eben nur von der heutigen Form des Ortsnamens aus. — Aus den verschiedensten Urkunden (Zinsverzeichnis, Jahresrechnungen, Visitationsakten, Trank- und Türkensteuerverzeichnissen u. a. m. entnehmen wir die folgenden Schreibweisen unseres Ortsnamens:

Jahr	Schreibweise	Jahr	Schreibweise	Jahr	Schreibweise
1269	Oterwash	1423	Otterwach	1514	Otterwisch
1306	Oterwacz	1427	Otterwasch	1529	Otterwitz
1308	Otirwas	1446/48	Otterwisch	1530	Otterbusch
1386	Othirwasch	1487	Otterwasch	1542	Otterwusch
1421	Ottirwasch	1500	Otterwusch	1717	Otterwisch

d) Frondienste in Otterwisch

Otterwisch war von jeher ein Gutsdorf, d. h. dem jeweiligen Rittergut gehörig, während unser Nachbardorf Großbuch, zwar früher, als zum Rittergut Pomßen gehörig, auch ein Gutsdorf war, im Jahre 1590 aber zum ersten Male als Amtsdorf erwähnt wird. Als solches gehörte es dem Landesherrn und war dem Amt Colditz unterstellt. Welch drückende Lasten und Verpflichtungen, Frondienste und Abgaben auch auf unseren Vorfahren in Otterwisch lasteten, können wir aus dem Otterwischer Erbregister („auffgerichtet“ den 11. April 1698 von dem damaligen Rittergutsbesitzer Friedrich von Metzsch) ersehen.

1. Die persönliche Unfreiheit spiegeln folgende in diesem Erbregister festgelegten Abgaben wider:
 - a) 12 Groschen Theil-Schilling mußten erlegt werden, wenn ein Untertan verstirbt.
 - b) Wollte ein Untertan wegziehen, mußte das „Abzugks-Geldt“ bezahlt werden, gestaffelt je nachdem, ob es einen Pferdner, einen Hintersässer, einen Häusler oder nur „einen Hausgenoß“ betraf, je nachdem also wie wertvoll die Arbeitskraft des abziehenden Untertanen war. Er war also nicht viel mehr als eine Ware, deren unterschiedlichen Wert man beliebig taxieren konnte.
 - c) „Aller Unterthanen-Kinder zu Otterwisch sind der Herrschaft dasselbst zu dienen verbunden.“ Und zwar mindestens 2 Jahre. Denen, die in der elterlichen Wirtschaft dringend gebraucht wurden, wird gnädig gestattet „ein Jahr die herrschaftlichen Dienste zu thun schuldig seyn“.
 - d) Wenn ein Untertan etwas an Virtualien (= selbsterbaute Lebensmittel) zu verkaufen hat, ist er verpflichtet, es erst der Herrschaft anzubieten; braucht diese etwas von diesem Angebot, so zahlt sie es nach Marktpreis.

2. Eine große Liste umfaßt all die verschiedenen Dienste, die nicht nur den Bauern, sondern auch den Häuslern, ja selbst „den Hausgenossen“ (das waren die, die nichts besaßen, weder Wirtschaft, noch Haus, weder Land oder Garten) abverlangt wurden. Diese Liste geht — abgesehen von den Feldarbeiten — anfangen von Jagddienst, über Holz hauen, Schafe scheren, Dreschen, Spinnen bis hin zum „Botschaftslaufen“, für welches letzteres pro Meile 2 Groschen und als Wartegeld pro Tag 1 Groschen gezahlt wurde. Zwar war die Anzahl der Frontage festgelegt („jeder Häusler hat das Jahr 12 Tage gleich nacheinander zu fröhnen und bekommt dafür nichts. Desgleichen ein Hausgenosse, so ein Weib hat, jährlich auch 12 Tage.“) Aber die Gutsherrschaft hatte sich gesichert, wenn es weiter heißt: „Wenn über die Frondienste die Herrschaft Arbeiter bedarf, so sind die Häusler und Hausgenossen zu arbeiten schuldig.“ Und wenn diese Mehrarbeit auch bezahlt wurde — und zwar nach einem ausgeklügelten Tarif je nach der Länge des Tages

zwischen 3 Groschen und 2 Groschen 9 Pfennige bei Männern und

zwischen 2 Groschen und 1 Groschen 6 Pfennige bei Frauen —

so ging doch eben die Arbeit auf dem Gut allem anderen vor. Nicht besser erging es dem „bespannten Bauern“, der neben der „Handt-Frohn“ noch all die Fuhren („Pferde Frohn“) zu leisten hatte (Ackern, Heu- und Bauzufuhren u. a. m.).

Wie unendlich schwer mag es auch den Otterwischern Bauern geworden sein all diese Verpflichtungen in Einklang mit der Arbeit in der eigenen Wirtschaft zu bringen, und wie bitter mag es ihnen oft angekommen sein, dringend notwendige Arbeiten zu Hause stehen und liegen zu lassen, weil die Fron sie zu Hofe rief. Und sie mußten gehen, denn sonst mußte „Bußgeld“ bezahlt werden,

1 Groschen, wenn der Bauer eine Stunde zu spät kam,

drey Groschen, wenn er einen halben Tag nicht kam und mit

„Drey-Groschen“ wird er gebüßet, wenn er einen „Untüchtigen“ geschickt (also ein Ersatzmann).

Man vergleiche: 1 Groschen Buße, wenn er eine Stunde zu spät kommt, und andererseits 1 Groschen pro Tag Wartegeld, wenn er beim Botschaftslaufen einen ganzen Tag warten muß.

3. Und endlich noch die Abgaben. Außer den staatlichen Abgaben (Steuern, wie wir heute sagen würden, „Kurfürstliche Steuerschocke“ damals genannt) war für jedes Bauerngut (Pferdner oder Hintersässer) genau so für jeden Gärtner (Nichtgärtner als Berufsbezeichnung, sondern ein Hauseigentümer mit einer Gartennahrung in der Größe von wenigen „Ar“), ja, für alle „kleinen Häuserlein“ die Abgaben genau festgelegt. Als Abgabetermin gelten Walpurgis (30. April) und Michaelis (29. September) — und zwar waren nicht nur Geld, sondern auch Naturalabgaben (Eier, Kaphähne, Hühner) zu leisten. Wir schmunzeln heute bei dem Gedanken, daß vielleicht mancher Otterwischer Bauer — ebenso zornig wie verschmitzt — die ältesten, nur schwer weizukochenden Hühner aussuchte, wenn er aufs Schloß mußte, die fälligen Abgaben zu erlegen. Denn alte Hühner mußten es sein, so lesen wir immer wieder. Sicherlich wollte man aber nur keine Kücken haben.

Von all diesen Frondiensten und Abgaben war nur ein Haus befreit, das sogenannte „Freyhauß“ (das heutige Lindner'sche Haus). — Interessant ist festzustellen, daß noch im Jahre 1698 — wo das Erbregister aufgestellt wurde — also genau ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des 30jährigen Krieges, noch zwei „wüste Güther“ genannt werden, die damals noch nicht angebaut wurden. Blättern wir in Urkunden etwa 125 Jahre später, also nach der sogenannten Bauernbefreiung, so stellen wir fest, daß die Bauern zwar persönlich frei geworden, aber die drückenden Lasten geblieben waren, da — wie überall — auch in Otterwisch der besitzende Adel hohe Ablösungsgebühren beansprucht und auch erhalten hatte.

Um nur 2 Beispiele von heute noch in Otterwisch lebenden Familien zu nennen, so mußten noch 1824

Johann August Lindner 24 Neugroschen zu Walpurgis & Martini, außerdem noch „drey alte Hühner“ zu Martini und

Johann Gottfried Hahn zu Walpurgis 19 Neugroschen und eine Mandel „Eyer“; zu Martini 22 Neugroschen und eine Mandel Eyer und vier alte Hühner

an das Rittergut abgeben. Dazu kam noch — und das war schwerwiegend — die jährliche Rente an die Landesrentenbank für die „abgelösten Frohnen, besage Reccesses vom 21. Januar 1839, die bei

Johann August Lindner 6 Thaler, 1 Groscher und bei

Johann Gottfried Hahn ebenso viel betrug.

Und noch 1850 — gelegentlich des Besitzwechsels zwischen den o. g. Joh. A. Lindner und seinem Sohn Johann Friedrich August Lindner werden die vorher genannten Abgaben an das Rittergut in gleicher Höhe und die jetzt „Frohnrente“ genannten Abgaben an die Landesrentenbank (sogar etwas höher) genannt. Wozu sogar noch eine Hutungsrente in Höhe von 3 Thaler 23 Neugroschen und 6 Pfennige hinzugetreten war. (Wahrscheinlich war — ebenso wie in der Nachricht von der Ablösung der Hutungsgerechtsame in der Schalbiger Mark dargestellt — inzwischen auch das Hutungsrecht des hiesigen Rittergutes in den 30iger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgehoben, den Bauern dafür aber diese Hutungsrente auferlegt worden.)

c) Ablösung der Hutung in der Schalbiger Mark

Neben der Gemengelage und dem Flurzwang war es vor allem die Hut- und Triftgerechtigkeit des Rittergutes, was jeden Aufschwung der Landwirtschaft verhinderte. Diese Hut- und Triftgerechtigkeit war die Befugnis der Herrschaft, ihr Vieh auf die Grundstücke der Bauern treiben und dort weiden zu lassen. In einem Aktenstück ist vermerkt, daß die Hutung auf den Flächen des wüstgewordenen Dorfes Schalbige vom Michaelistag (29. September) bis zum 1. Mai geschah. Solange durfte der Landmann kein Feld bestellen. Kein Landmann konnte also im Herbst die Winterstoppeln umpflügen. Erst im Frühjahr durfte er den Acker zur Sommerfrucht bearbeiten. Es konnten dann natürlich auch nur solche Früchte gezogen werden, die bis zur aufgehenden Hut reif wurden. Schädigten Mißwachs oder Hagel die Getreidefelder, so war es dem Bauer unmöglich

seine Felder nochmals zu bestellen, um den Verlust wenigstens einigermaßen zu ersetzen. Tat er es doch, so mußte er dulden, das der Rittergutschäfer die neugewachsenen Früchte rücksichtslos abhuten ließ, sobald die Hutungszeit anbrach.

Erst in den 30iger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde diese für den Bauern so überaus drückende Hutung abgeschafft, allerdings auch nur auf dem Wege der Ablösung.

Für die Besitzer der Fluren der Schalbiger Mark begannen die Verhandlungen über diese Ablösung im Jahre 1834, zogen sich aber über 3 Jahre hin und wurden am 26. April 1837 abgeschlossen. — Zunächst wurde von einer gebildeten „Specialcommission“ folgende Feststellungen getroffen:

1. Die Abgeordneten der Grundbesitzer in Schalbiger Mark erkennen die Hutungsgerechtsame des Kammergutes Lauterbach dahin an,
 - a) daß das Kammergut Lauterbach im Sommer hindurch alljährlich 2 Tage hindurch auf Schalbiger Mark die Hutung mit der Schafherde,
 - b) im Winter aber aller 3 Tage zweimal die gleiche Hutung darauf in Verbindung mit den Fluren von Heinersdorf, Wüstungsstein, Köllsdorf, Lausigk und einem Teil von Reichersdorf auszuüben haben.
 - c) Die Zahl der auszutreibenden Mutterschafe des Kammergutes Lauterbach wurde täglich zu 400 bzw. 600 Stück angenommen.

Natürlich war auch hier — genauso wie bei der sogenannten Bauernbefreiung — die Gutsherrschaft nicht bereit, ihre Gerechtsame, die sie sich im Laufe der Jahrhunderte angeeignet hatte, ohne entsprechende Gegenleistung preiszugeben. So wurde zunächst der jährliche Wert der Hut- und Triftgerechtigkeit auf 26 Thaler 21 Neugroschen 11 Pfennige berechnet. — Nach langen Verhandlungen erfolgte endlich am 26. April 1837 der Abschluß, der besagte, daß

- a) von Johanne 1837 (24. Juni) die Hutung des Kammergutes Lauterbach in der Schalbiger Mark aufhört, daß dagegen
- b) die Grundbesitzer eine jährliche Rente von 2 Thaler „im Zwanzig-guldenfuß“ an die Landesrentenbank abzuführen haben.

Zweifelloos bedeutete es eine große Zumutung, daß die Bauern die Abschaffung einer jahreundertelangen Ungerechtigkeit doch bezahlen mußten. Immerhin hatte der Bauer nun die Möglichkeit, frei auf seinem Acker schalten und walten zu können und die Erkenntnisse der landwirtschaftlichen Wissenschaften, die immer mehr hervortraten, anzuwenden, ohne befürchten zu müssen, daß ein jahrhundertealtes Recht, was in Wirklichkeit ein Unrecht war, ihn plötzlich über Nacht um den Lohn seiner fleißigen Arbeit bringen würde.

Auch die Hut- und Triftgerechtigkeit, die das Rittergut Otterwisch über die Bauernfluren besaß, ist wahrscheinlich in diesen Jahren ebenfalls abgelöst worden. Bei einer Gegenüberstellung der Lasten, die auf dem Lindner'schen Gut (heute Feodor Brand) ruhten, ist im Jahre 1824 von einer Rente wegen Hutungsablösung noch nicht die Rede, während im Jahre 1830 eine Hutungsrente in Höhe von 3 Thalern, 23 Neugroschen und 6 Pfennigen genannt wird.

f) Unser Dorf kurz nach dem 30jährigen Krieg

Einzelne Berichte, in welcher Weise der 30jährige Krieg unser Dorf betrafte, sind uns nicht überliefert. Stand doch Otterwisch nicht so im Brennpunkt der kriegerischen Ereignisse wie beispielsweise Breitenfeld oder Lützen. Aber auch Otterwisch muß damals furchtbar gelitten haben.

Aus dem Jahre 1661 (also 13 Jahre nach Beendigung des Krieges!) liegt uns ein Steuerregister vor, in dem jedes einzelne Gut genannt und die Steuerlast, die auf ihn ruhte, angeführt ist.

Otterwisch hatte damals „30 besessene Mann“. „Mit einem ‚besessenen Mann‘ wurde damals der vollberechtigte bäuerliche Hufenbesitzer bezeichnet, dessen Erwerb und Beruf die Landwirtschaft ist.“ (Blaschke, Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, Leipzig 1957).

Bei der Aufzählung dieser 30 Bauerngüter wird in 24 (!) Fällen angegeben „wüst“. Ausdrücke, wie „ganz wüst und abgebrannt“ – wüste Brandstath – abgebrannt und ganz wüstes Guth – wüste liegende Brandstath – öde und wüste“ wechseln miteinander ab und könnten noch durch andere Ausdrücke, die aber immer wieder das gleiche besagen, vermehrt werden.

In vielen Fällen waren die Güter auch von ihrem früheren Besitzer verlassen worden. Oder war die Familie ums Leben gekommen? Wir wissen es nicht! Wir hören aber, daß eine Reihe Menschen von auswärts kommt, Güter übernimmt und mit frischem Mut ans Werk gehen. Sie kommen zum Teil sogar von weit her (aus Böhmen, mehrere Male sind „schlesische Exulanten“ genannt). Wir bewundern diesen Unternehmungsgeist umso mehr, weil doch die Last ihrer Unfreiheit und der vielen Abgaben nach wie vor auf ihnen lag; mag sie auch vorübergehend – der Not der Zeit gehorchend – etwas gemildert worden sein. Und tatsächlich hat die ungebrochene Kraft und der Fleiß unseres Bauerntums die furchtbaren Verwüstungen überwunden, sodaß allmählich alles wieder ins rechte Gleis kam. Aber noch ein Vierteljahrhundert später wird uns berichtet, daß immer noch zwei Güter wüst lagen.

g) Die letzte Hinrichtung in Otterwisch

Sie fand am 11. April 1736 auf dem Windmühlenplatze statt (etwa heutige Bahnhofstraße, Schuster Otto'sches Grundstück).

Hingerichtet wurde Rahael Kraszeltin durch Enthauptung.

Verübtes Verbrechen: Kindesmord. Die Tat lag schon beinahe vier Jahre zurück. Sie hatte damals ihr unehelich geborenes Kind getötet und in ein Sumpfloch vergraben. Aber auch in einem „langen inquisitions Proceß“ konnte ihre Schuld zunächst noch nicht nachgewiesen werden.

Wie oft liest man in alten Urkunden vom gleichen Delikt! Erst 30 Jahre vor dieser Hinrichtung war eine Martha Große im Schafteich ersäuft worden, weil sie ihr uneheliches Kind im Brunnen ersäuft und in ihres Vaters Scheune vergraben hatte.

Fehlte in früheren Zeiten wirklich so vielen jungen Mädchen mütterliche Instinkte und mütterliche Liebe? Wir vermögen heute gerechter zu urteilen und wissen, daß die wahren Ursachen dazu in den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen lagen. Ein uneheliches Kind zu haben, war nicht

nur ein Makel; daß wäre vielleicht noch zu ertragen gewesen. Aber eine solche junge Mutter, die auf sich selbst gestellt war, sich selbst erhalten mußte, fand einfach keine Arbeit. Vom Bauernhof, wo sie im Dienst stand, wurde sie davon gejagt, und von jedem Bauernhof, wo sie um Arbeit nachfragte, wurde sie schroff zurückgewiesen, wenn man gewahr wurde, daß sie ein Kind mitbrachte. Es wird also in den allermeisten Fällen die Verzweiflung gewesen sein, die ein junges Menschenkind zu solch einem widernatürlichen Verbrechen trieb. Welch ein weiter Weg von solch einer Verzweiflungstat bis zu unserer heutigen Zeit, wo eine junge Mutter, frei von aller Diffamierung, ihrer Arbeit nachgehen, so manche ihr von unserem Staat gebotene Hilfe und Erleichterung in Anspruch nehmen und ihr Kind zu einem guten Bürger unseres Staates erziehen kann.

h) Der Gasthof „Zum Goldenen Lamm“ in Otterwisch

„Realconcessionierter Gasthof zum Goldenen Lamm“

Jahrhundertlang hat dieses Schild mit goldenen Lettern über dem überdeckten Hauseingang des Gasthofes mitten in unserem Dorf Einheimische wie Fremde zum Verweilen freundlich eingeladen. Und wir sind dessen sicher, daß es zum Heimatfest wieder seinen alten Platz eingenommen haben wird, und damit ein alter Gasthofsname auch weiterhin erhalten bleibt.

Es wird wohl nur wenige Gasthöfe in unserer Gegend geben, deren bunte Reihe von Pächtern und Besitzern, deren Freud und Leid, Glück und Unglück seit dem Jahre 1600 bis auf den heutigen Tag so lückenlos vor unseren Aufgaben ausgebreitet ist. Und was hat er alles erlebt in diesen mehr als 350 Jahren!

Damals, als man noch keine Eisenbahn kannte, war er jahrhundertlang Ausspanne und zu jeder Zeit, vor allem aber vor den Leipziger Messen, werden viele schwerbeladene Fuhrwerke hier letzte Nachtruhe vor ihrem Reiseziel Leipzig gehalten haben. Denn der Gasthof war auch die letzte Ausspanne vor der großen Messestadt. Freilich, als dann ab 1887 die Eisenbahn auch unseren Ort berührte, wurde es merklich ruhiger, was Ausspanne und Übernachtung anbetraf. Und nur die Alten unter uns Otterwischern werden sich noch des letzten (Heu)-Fuhrmannes erinnern können, der regelmäßig Heu in eine Leipziger Brauerei brachte und – von Geithain kommend – ebenso regelmäßig im „Goldenen Lamm“ ausspann und Nachtruhe hielt.

Aber es waren nicht nur friedliche Handelsleute, die Jahrhunderte hindurch auf ihrem Weg zur Messe Einkehr in unserem Gasthof hielten. Auch so manches leichte Völklein, Gaugler, Schausteller, Tierbändiger und was noch alles, daß sich von der Leipziger Messe reichen Gewinn erhoffte.

Schlimmer waren schon ungebetene Gäste. Plündernde Marodeure im 30jährigen Krieg, die das halbe Dorf und den Gasthof niederbrannten. Und wieder – 1706/07 – waren es Schweden, die – wie uns berichtet wird – in Otterwisch hausten. 1811 marschierten Napoleons Truppen in Richtung Rußland vorüber, nicht ahnend, was ihnen an Schrecklichem bevorstand. Auch 1813 wird unser Gasthof teil am Geschick unseres Dorfes

genommen haben. Als dann von 1843 bis 1866 — also 23 Jahre hindurch — die Gelbe Postkutsche durch Otterwisch rollte, wird die Haltestelle sicherlich am Gasthof gewesen sein. Es sollen nun nicht die Namen und das wechselvolle Geschick all der Pächter und Besitzer aufgezählt werden — mancher brachte sein Schäfchen ins Trockene, mancher zog arm wieder von hinnen! — sondern im folgenden von einem Pachtvertrag berichtet werden, weil er uns manchen Aufschluß über gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge zu geben vermag. Es ist der

„Gerichtlich-Viedimierter und prolongierter Pacht-Contrakt über den Schenck- und Gasthof zu Otterwisch“.

Er wurde am 4. April 1737 abgeschlossen. Die Besitzerin des Rittergutes Otterwisch verpachtet

„ihr allhiesiges Schenck-Guth, an Gebäuden, Gärthen, Wiesen und Feldern, samt der Schenck- und Gastgerechtigkeit, auch Rind-, Schwein- und Federvieh-Nutzung...“

für 6 Jahre bis 28. May 1743 an Johann Heinrich Pfeiffer von „Trebißen“ (Trebsen). Als Beruf wird Koch, auch Fleischhauer, angegeben. Als Pacht-Preis werden jährlich 160 Gulden, in 4 Terminen zahlbar, festgesetzt. Das dem Pächter übergebene Inventar war von „drey verpflichteten Taxatoren“ aufgenommen worden. — Bis ins Einzelne festgelegt waren die Voraussetzungen, unter denen der Pachtvertrag seine Gültigkeit verliert. Neben der Bestimmung, wenn der Termin der Bezahlung nicht eingehalten wird, heißt es weiter:

„...oder sonst uebel wirtschaftten, die Felder nicht mit genüglichen Düngung versehen, oder nicht wohl und tüchtig bestellen solle. Sofern auch durch göttliche Verhängniß ein Mißwachß einfele, daß etwa der Samen nicht aufginge, oder auch die Früchte gutenteils in der Blüthe verdürben, daß sie nicht zur Vollkommenheit und Reiffe gelangen könnten, oder auch durch Hagel, Frost, Hitze, Dürre und Wetterschaden ein Mißwachß; entstünde, auf solche Fälle, da anders zu erweisen wäre, daß es nicht durch Nachlässigkeit und Verwahrlosung, oder auch üble Wirthschaft und Bestellung veruhrsachtet wurden. Soll der Schade von verständigen und unparteiischen Hauswirthten taxieret werden, und trägt davon die Hälfte der Pächter, die andere Helffte aber Frau Verpächterin.“

Weiterhin erhält der Pächter Holz aus dem zur „Schenke gehörenden Holtz, und zwar 30 Bündel Reißholtz, in gleichen 3 Klaffter Eichen — und 3 Klaffter Aspern oder Lindenholtz“.

Das auszuschenkene Bier mußte von der Herrschaft abgenommen werden, wobei auch der Verkaufspreis genau vorgeschrieben war. Es heißt darüber:

„Kosten: Vaß 6 Thaler, wenn die Gerste vor 1 Thaler der Scheffel in Preiß ist und schenket es alsdann vor 6 Pfennige die Canne, gefält es aber der Herrschaft im Falle die Gerste im niedrigen Preiß als etwa 16 Neugroschen bis 18 Neugroschen der Scheffel kommen sollte, daß Vaß also 2 Thaler ihm zu laßen, schenkt er es alsdann vor vor 5 Pfennig die Canne...“

An dieser Stelle mag ein Rechenexempel seinen Platz finden:

Ein Faß kostet 6 Taler; er soll die Kanne für 6 Pfennige verkaufen. Ein Taler zählte 24 Groschen zu je 12 Pfennige. Ein Faß (knapp 400 l) enthielt $5\frac{1}{2}$ Eimer und 24 Kannen. Da ein Eimer 72 Kannen faßte, enthielt 1 Faß also 420 Kannen (je 0,936 l). Wenn der Pächter also bis 6 Taler ($6 \times 24 = 144$ Groschen) das Faß Bier (mit 420 Kannen) bezahlen muß, erlöst er (Kanne für 6 Pfennig $\times 420 =$) 2520 Pfennig, das sind 210 Groschen oder 8 Taler und 18 Groschen. Das wäre — modern ausgedrückt — eine Handelsspanne von $45,8\%$.

Alle anderen Abgaben (besonders genannt: Soldatverpflegung — die Abgaben an den Priester, Schulmeister, Hirten usw.) muß der Pächter übernehmen, nur die „Gerichtsherrschaftlichen Abgaben“ kommen für die ersten 3 Pachtjahre in Wegfall. Zur Sicherheit mußten außerdem „50 Gulden Caution“ erlegt werden.

Anlaß zu Überlegungen gibt der ebenfalls im Pachtvertrag festgelegte Vermerk:

„Der Schanck auf dem Grötzsch wird wie biß anhero fortgesetzt.“

Also muß in diesem Ortsteil von Otterwisch bereits zu damaliger Zeit eine Schenke bestanden haben, obwohl eine Quellenangabe aus viel späterer Zeit (1. Hälfte des 19. Jahrhunderts) besagt:

„(Brand-Cataster Nr. 98) Friedrich Wilhelm Kuschelbauer erkauft am 18. 6. 1838 vom Rittergut einen Platz zur Erbauung eines Schankhauses“,

und diese Angabe vermuten ließ, daß der heute noch bestehende Gasthof „Weißer Engel“ (und um den muß es sich nach der Lage der Brandkatasternummer handeln) damals, also erst um 1838 entstand. Auf dem Schenk'schen Atlas, der zeitlich nicht viel später erschienen ist als unser Pachtvertrag abgeschlossen wurde, nämlich 1760, ist auf dem Platz „Amt Grimma“ leider nicht genau zu erkennen, ob das Symbol ein oder mehrere Wirtshäuser bedeutet. Das Blatt 19 (Amt Borna) zeigt dagegen an, daß damals nur ein Wirtshaus im Orte war. Vielleicht gelingt es, auch hier noch Klarheit zu schaffen. — Nach Ablauf der 6jährigen Pachtzeit wurde er

„biß den 28. May 1749 in allen Puncten und Clausuln prolongiret und verlängert ohne die geringste Novotion, außer, daß der Pachter des Schenckguthes förderhin alljährlich Zehn Gulden mehr, also jährlich in vier Terminen Einhundert und Siebentzig Gulden Pacht Geld abzustatten angelobet und verspricht“.

Unmittelbar nach dieser Pachtverlängerung muß das Schenkgut abgebrannt sein, wobei der Pachtcontract „im Feuer mit verdorben . . .“

Denn der Schulmeister Kirchmann schreibt am 4. Mai 1743 ein Exemplar ab. Der Brand muß sich also zwischen dem 2. April und dem 4. Mai 1743 ereignet haben. Hier besteht ein noch nicht geklärter Widerspruch zu einer anderen zuverlässigen Quelle, nach der es sich nur um die am Montag nach Quasimodogeniti 1740 auf dem Nachbargut ausgebrochene Feuersbrunst handeln kann, die neben anderen Grundstücken auch den Gasthof vernichtete. Nach dem Brand erklärt Pfeiffer, daß er „trotz der entstandenen Schädten und Ungelegenheiten“ den Kontrakt weiterhin erfüllen will.

Das Rittergut erläßt ihm manche Verpflichtung. Dabei handelt es sich allerdings nur um eine geborgte, keineswegs geschenkte Hilfe.

Nach Ablauf dieser zweiten Pachtperiode wird der Pacht nicht verlängert. Das geht daraus hervor, daß Johann Heinrich Pfeiffer, „bisheriger Pacht, Schenck und Gastwirth“, am 28. Mai 1749 die 50 Gulden Kautions zurück-erhält. Aus alledem kann angenommen werden, daß der heute noch bestehende Gasthof 1740 oder 1743 neu erbaut wurde und zwar in einem Baustil, der in seiner breiten, behäbigen Ruhe und in seiner ausgewogenen Dachkonstruktion seinerzeit alle Ehre macht.

Erwähnt sei noch, daß der Gasthof bis in unsere Zeit hinein im Besitz des Rittergutes war und erst am 1. 2. 1931 vom letzten Pächter (Paul Burschberg) käuflich erworben wurde.

i) Die Zeit der napoleonischen Kriege (1806–1813)

Die Jahre der napoleonischen Kriege in Deutschland – beginnend mit seinen Siegen bei Jena und Auerstedt im Jahre 1806 und endend mit der Leipziger Schlacht 1813 – berührte auch unseren Ort. Gleichsam die Vorahnung dazu wird uns vom Durchmarsch preußischer Truppen 1805 berichtet, die am 11. November einen Rasttag in unserem Dorf hatten. Wahrscheinlich hatte dieses Ereignis unsere Gemeinde so in Aufregung versetzt, daß die übliche „Kirmes“ ausfiel. Vom 14. Oktober 1806 berichtete unser Gewährsmann, daß der Kanonendonner von der Schlacht bei Jena in Otterwisch „sehr genau“ zu hören war. Und nun brachten die Folgen dieses Krieges, der Einmarsch der französischen Truppen, große Lasten für unsere Vorfahren. Allein an Fuhren, Lieferungen u. a. mußten bis zum Februar 1807 2900 Reichstaler aufgebracht werden. Vom Herbst 1807 wird von Einquartierungen und Mißhandlungen durch französische Kavallerie berichtet und von der Angst, die unser Dorf deswegen auszustehen hatte. – Hierauf scheint – wenigstens äußerlich – Ruhe eingetreten zu sein. Erst im Frühjahr 1812 – in der Osterwoche – bekam unser Ort Einquartierung durch französische Infanterie, die sich auf dem Marsche nach Rußland befanden. Das Entscheidungsjahr 1813 endlich wird unsere Dorfbewohner in Atem gehalten haben. Es ist nur schade, daß eine ausführliche Beschreibung dieses Jahres unseren Ort betreffend, auf die immer und immer wieder hingewiesen wird, nicht mehr aufzufinden ist. Immerhin erfahren wir auch so mancherlei. Vor und nach der Schlacht bei Großgörschen – von Ende März bis Mai – wechselten die Durchzüge russischer, preußischer und französischer Truppen miteinander ab. Oft liegen Freund und Feind nahe beieinander, sich gegenseitig beobachtend. Dabei wird die Disziplin der russischen Kavallerie ausdrücklich als „durchaus musterhaft“ hervorgehoben, während über Requisitionierung durch französische Truppen geklagt wird. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, daß Sachsen Freund und Bundesgenosse des Korsen war. Nach einigen Monaten der Ruhe, wenigstens in unserer Gegend (Waffenstillstand, Kämpfe in Schlesien) zieht sich das Verhängnis im Herbst 1813 immer mehr in unserer Gegend zusammen. Von Freiberg und Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) her maschierten 5 französische Korps unter dem Oberbefehl des Vizekönigs Murat in Richtung Leipzig, um sich dort mit Napoleon zu vereinigen. Sie wurden hart bedrängt von den verbündeten Russen, Preußen und Österreichern,

die ihnen in weit gespannten Bogen folgten. Dabei kam es mehrere Male zu heftigen Gefechten bei Schönau, bei Flößberg-Steinbach. Am 12. Oktober erreichten österreichische Truppen Otterwisch, nachdem kurz zuvor unser Dorf ein ganzes französisches Kavalleriekorps beherbergt hatte. Für den 13. Oktober war ein Angriff der Österreicher von Lausick aus in Richtung Otterwisch-Pomßen geplant. Er unterblieb jedoch, weil sich der Feind inzwischen weiter zurückgezogen hatte. Das ist als ein Glück für unseren Ort anzusehen. Wer weiß, ob sonst nicht unser Dörfchen auch ein so trostloses Bild der Zerstörung geboten hätte, wie es wenige Tage später in Liebertwolkwitz, Probstheida und vielen anderen Dörfern der Fall war. Wenn unser Ort auch durch die vielen Durchzüge viel hatte erdulden und verlieren müssen, vor einer grausamen Zerstörung blieb es doch verschont. Es half aber mit, die Wunden, die die Kämpfe geschlagen hatten, zu lindern. Der damals in Otterwisch lebende „Chirurg“ Wurzenberger hat allein am 17. Oktober 369 Verwundete behandelt und dabei einen Arm und 29 Finger abgelöst und 49 Kugeln herausgeschnitten. — Es verwundert uns, in unserem kleinen Dörfchen einen Chirurgen praktizieren zu sehen. Wir dürfen die damals landläufige Bezeichnung nicht mit dem vergleichen, was sich an Wissen und Können heute mit dem Begriff eines Chirurgen verbindet. In einer Notiz aus dem Jahre 1805 wird Wurzenberger schlicht als Wundarzt bezeichnet. Wahrscheinlich ist er der Nachfolger des „Chirurgus und Baders Raithel“, der 1803 als Opfer der Otterwischer Fieber-epidemie hinweggerafft wurde. Und diese Begriffsverbindung „Chirurgus und Bader“ unterstreicht das vorher Gesagte deutlich genug.

j) Die Einführung der Landgemeindeordnung von 1838 in Otterwisch

Nachdem am 2. Februar 1832 die neue sächsische Städteordnung veröffentlicht worden war, aufgrund deren gewählte Vertreter der Bürgerschaft, die Stadtverordneten, die Arbeit des bisherigen alten Rates, der sich selbst ergänzte und niemand Rechenschaft über seine Verwaltung schuldete, übernahmen, erschien Jahre später, nämlich unterm 7. November 1838, die neue Landgemeindeordnung, durch die von uns an den ländlichen Gemeinden unter Ausschluß der Rittergüter das Recht der Wahl einer Gemeindevertretung zur Besorgung ihrer inneren Angelegenheiten verliehen wurde.

Im folgenden soll anhand eines alten Aktenstückes aus den Jahren 1839 ff (Sächsisches Staatsarchiv in Leipzig, Gutsakte Otterwisch Nr. 59) dargestellt werden, wie die neue Landgemeindeordnung auch in unserem Dorf Einzug fand. Bereits reichlich drei Monate nach der Veröffentlichung der neuen Landgemeindeordnung wurde mit der Vorbereitung der durchzuführenden Wahlen begonnen und als erstes unterm 27. Februar 1839 ein Verzeichnis „der in der Gemeinde Otterwisch vorhandenen Gemeindeglieder“ aufgestellt. Dabei wurde nach der — wie es in der Überschrift zu der betreffenden Rubrik bezeichnenderweise heißt — „Qualität in Hinsicht des Grundbesitzers“ unterschieden zwischen

10 Anspannern (hin und wieder auch „Pferdner“ genannt)

20 Hintersassen

61 Häuslern.

Hinzu kamen:

1. noch 41 Namen meist Auswärtiger (aus Stockheim, Großbuch, Pomßen, Hainichen, Kitzscher, Rohrbach, Grethen, Großbardau und Gruna), die, weil sie in Otterwischer Flur Feld ihr eigen nannten, wahlberechtigt waren und in diese vorbereitende Wahlliste aufgenommen werden mußten;
2. schließlich noch eine 36 Namen umfassende Liste der „unansässigen Gemeindeglieder“, die sich in beruflicher Hinsicht – wie folgt – zusammensetzten:
 - 14 Auszügler (es ist merkwürdig, daß diese als „Unansässige“ angesehen werden!),
 - 9 Handarbeiter, 2 Zimmerleute,
 - je 1 Förster, Holzläufer, Gerichtsdienner, Schuhmacher, Pfarrer, Schullehrer, Chirurg (!) (Ernst Friedrich Keil hieß er), Kutscher, Schäfer, Pächter und Kammerdiener.

Diese 36 „Unangesessenen“ hatten also keinen Besitz (weder Feld noch Grundstück). Sie besaßen laut Landgemeindeordnung kein Stimmrecht, waren aber wählbar, besaßen also – modern ausgedrückt – nur das „Passive Wahlrecht“. Diese ersten vorbereitenden Listen umfaßten also insgesamt 168 Namen. – Es ist interessant, an dieser Stelle die festgestellten Zahlen mit den im Historischen Ortsverzeichnis von Sachsen (Blaschke, Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, 2. Teil, S. 65, Leipzig 1957) angegebenen Zahlen zu vergleichen. Hier werden für 1764 „30 besessene Mann“ angegeben. Das würde mit der Angabe auf unserer Wahlliste (10 Anspanner und 20 Hintersassen) übereinstimmen. Die weitere Angabe 1764 (10 Gärtner und 28 Häusler, insgesamt also 38) bleibt allerdings hinter der Zahl der für 1839 angegebenen Häusler (61) weit zurück. Ein Beweis, daß in den 75er Jahren zwischen 1764 und 1839 eine ganze Reihe Häuser gebaut wurden. In den o. a. Ortsverzeichnis sind weiterhin für 1834 (in diesem Jahr fand die exakte Volkszählung in Sachsen statt!) – also müßte jeder in dieser Liste Angeführte einer durchschnittlich fünf Köpfe umfassenden Familie vorgestanden haben, eine Zahl, die den Erfahrungswerten (siehe Historisches Ortsverzeichnis, S. X) durchaus entspricht. Es ist bisher immer von einer ersten vorbereitenden Liste gesprochen worden. Diese wurde unmittelbar nach ihrer Aufstellung mit dem „Herrschäftlichen Gerichtsrat“ durchgegangen, weil allen, die einmal, und sei es nur mit wenigen Tagen (z. B. wegen „Holzdeube“ = Holzdiebstahl) bestraft worden waren, nach § 29 der Landgemeindeordnung das Wahlrecht entzogen wurde. (Daß ein geringer Holzdiebstahl, der häufig auch noch eine ganze Reihe von Jahren zurücklag, den so schwerwiegenden Entzug des Wahlrechtes nach sich zog, dagegen aber eine „wegen Unziemlichkeiten gegen eine verheiratete Frau“ erfolgte Bestrafung nicht zum Entzug des Wahlrechtes führte, weil es sich da „nur um ein gewöhnliches fleischliches Vergehen“ handelt, davon soll später noch die Rede sein!) Nach erfolgter „Bereinigung“ wurden die endgültigen Wahllisten aufgestellt, die folgendermaßen aussahen:

a) stimmberechtigt und wahlfähig:

27 Anspanner und Hintersässer

40 Häusler

67 insgesamt

b) stimmberechtigt, aber nicht wählbar:

15 (darunter der Pfarrer und der Schullehrer, dann in der Hauptsache die Auswärtigen mit Feldbesitz in Otterwisch)

c) nicht stimmberechtigt, aber wählbar:

32 (Auszügler, Handarbeiter, Herrschaftsbeschäftigte und ein Leineweber)

Am 15. März 1839 wurde die Wahl für den 27. März 1839 nachmittags 3 Uhr festgesetzt, welche Anfangszeit am 22. März 1839 aber auf 27. März vormittags 9 Uhr abgeändert wurde. Wie frei die Wahlen in Wirklichkeit waren und wie wenig mancher imstande war, von seinem Wahlrecht tatsächlich Gebrauch zu machen, geht aus folgendem Vorfall hervor, der sich am Wahltag selbst, also am 27. März 1839 ereignete. An diesem Tage nämlich gibt der damalige Rittergutsbesitzer, der Prinz Karl von Schwarzburg-Sondershausen, folgendes zu Protokoll:

„Er habe gehört, daß die hiesigen Gutsofficianten

Brauer (herrschaftlicher Förster)

Becker (Holzläufer)

Glaß (Gerichtsdienner)

Körner (Kutscher)

Riegel (Kammerdiener)

(Die in Klammer gesetzten

Berufsbezeichnungen

stammen von mir)

unter den wählbaren Gemeindegliedern mit aufgeführt seyen. Da jedoch verschiedene Conflicte entstehen dürften, wenn einer oder der andere derselben in den Gemeinderath gewählt würde, so wolle Er hierdurch im Voraus erklären, daß er keinen derselben die Zustimmung zum Eintritt ertheilen könne, auch bitte er, die Urwähler im Voraus davon in Kenntniss zu setzen.“

Deutlicher konnte wohl die Geringschätzung und Mißachtung, die von seiten der Gutsherrschaft der vom Landesfürsten selbst verkündeten neuen Landgemeindeordnung entgegengebracht wurde, nicht zum Ausdruck gebracht werden. Da die gesamte Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Händen des Fürstlich-Schwarzburg-Sondershäuserischen Patrionalgerichtes stand, nimmt es nicht wunder, daß dessen Gerichtsdirektor, ein Dr. Gustav Stimmel aus Borna, sich beeilte, den wahlberechtigten Einwohnern unseres Ortes vor Beginn der Wahlhandlung eine entsprechende Erklärung abzugeben, die — wie folgt — zu Protokoll genommen wurde:

„Auch ist den sämtlichen Erschienenen bekannt gemacht worden, daß sie ihr Absehen bei der Wahl der Unangesessenen auf hiesige Gutsofficianten nicht richten mögten, indem die Durchlauchtige Gutsherrschaft die Genehmigung zur Übernahme des den Officianten etwa aufzutragenden Amtes nach der vorher geschehenen Eröffnung nicht ertheilen werde.“

Und die Otterwischer Einwohner selbst, an das bisherige Untertanenverhältnis seit Jahrhunderten gewöhnt, respektierten natürlich den „Willen ihrer Herrschaft“ und geben bei der Wahl keinem der Gutsofficianten ihre Stimme. Dabei muß dahingestellt bleiben, ob dieser Umstand nur auf Gehorsam beruhte, oder ob man diesen Gutsofficianten auch kein Vertrauen entgegenbrachte, ihnen ein solches Amt zu übertragen. Wahrscheinlich war letzterer Punkt noch ausschlaggebender, denn es ist nicht zu erwarten, daß ein herrschaftlicher Förster, ein dito Holzläufer oder ein herrschaftlicher Gerichtsdieners zu den Freunden und Vertrauten unserer schwer arbeitenden Bevölkerung zählte.

Von den 67 stimmberechtigten Gemeindegliedern (wählbaren und 15 nur stimmberechtigten Gemeindegliedern, also insgesamt 82) erschienen nur 62 zum Wahlakt. Es fehlten also 20, darunter Pfarrer und der Schullehrer, zwei Hintersassen und sieben Häusler. Es wurde nach „vorgängiger Berathung unter obrigkeitlichem Einverständnis bestimmt, daß in hiesiger Gemeinde vier Classen, und zwar

die Pferdner,
die Hintersässer,
die Häusler und
die Unangesessenen

vertreten werden sollen und daß wiederum

2 Mitglieder aus den Pferdnern,
2 Mitglieder aus den Hintersässern,
2 Mitglieder aus den Häuslern und
1 Mitglied aus den Unangesessenen

erwählt werden sollen“.

Die Wahl selbst war öffentlich, d. h. jeder Wahlberechtigte gab sieben Namen mündlich zu Protokoll, sodaß aus diesem zu ersehen ist, welche sieben Namen jeder Einzelne angegeben hat. Das Wahlergebnis zeigte eine starke Zersplitterung, denn von 9 Pferdnern erhielten alle neun Personen Stimmen, Hahn die meisten (35), Findeisen die wenigsten (1); von 18 Hintersassen erhielten 11 Personen Stimmen, Fischer die meisten (42), Kern die wenigsten (1); von den Unangesessenen erhielten 6 Personen Stimmen, Friedrich die meisten, Rudolf — ein Handarbeiter (46) und Fiedler — ein Leineweber die wenigsten (1).

Diese Zersplitterung läßt annehmen, daß keinerlei Absprachen oder ähnliches vorher stattgefunden hatten, war das doch allen Neuland für unsere Vorfahren. Als gewählt wurden festgestellt:

Pferdner:	Johann Gottfried Hahn August Lindner
Hintersassen:	Johann Gottlob Fischer Johann Gottfried Knorr
Häusler:	Johann Gottlieb Matthes Johann Christoph Kind
Unangesessene:	Friedrich Rudolph.

Nachdem die sieben Gewählten sich bereit erklärt hatten, die Wahl anzunehmen, wurde vereinbart, einen Gemeindevorstand und nur einen Stellvertreter zu erwählen. — Es wurde mit sechs gegen eine Stimme der ehemalige Richter Johann Gottlob Fischer zum Gemeindevorstand und mit ebenfalls sechs gegen eine Stimme Johann Gottfried Knorr zum Stellvertreter des Gemeindevorstandes gewählt. Diese Wahl scheint geheim gewesen zu sein, denn das Protokoll weist nicht — wie bei der vorhergehenden großen Wahl — aus, wem im einzelnen die neugewählten Gemeindevertreter ihre Stimme gegeben haben. — Da die beiden Gewählten (Gemeindevorstand und Stellvertreter) als Gemeindeverordnete ausschieden, mußten die beiden Hintersassen als solche herangezogen werden, die die nächstmeisten Stimmen auf sich vereinigt hatten. Das war zunächst Tobias Oertel. Da aber an nächster Stelle zwei die gleiche Stimmenzahl auf sich vereinigt hatten, nämlich Gottfried Ulrich und Johann Gottfried Kröber, mußte das Los entscheiden. Es fiel auf Kröber, und so wurde dieser ebenfalls als Vertreter der Hintersassen Gemeindeverordneter.

Hervorgehoben muß noch werden, daß die gesamte Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Händen des Fürstlich-Schwarzburg-Sondershäuserischen Patrimonialgerichtes lag, dessen Gerichtsdirektor — wie bereits erwähnt — ein Dr. Gustav Stimmel (Borna) war. — Die Wahl hatte noch ein Nachspiel. Wir erwähnten, daß nach § 29 der neuen Landgemeindeordnung jedem vorbestraften Einwohner das Wahlrecht entzogen wurde. Nun wandte sich ein Otterwischer Hintersasse, Johann Christoph Thieme, dem auch das Wahlrecht entzogen worden war (in der vorbereitenden Liste stand bei ihm als Vermerk „ist im Jahre 1822 wegen Veruntreuung und Unterschlagung in Untersuchung gewesen, aber freigesprochen worden“), am Tage nach der Wahl, nämlich am 28. 3. 1839, an den Gerichtsdirektor mit folgendem Schreiben:

„Das Sie dieses nicht Uebelnehm. Es ist mir zwar sehr Unangenehm, daß ich im Kriege meine Ehre verlohren habe und daß es gewiß nicht geschehen wäre, wen ich geglaubt hätte, daß es mir nachtheil brächte den zu der Zeit da sahe immer ein jeder wie er am besten konnte weg kommen und da es geschehen ist würde man wohl der Gemeind solches gleich bekannt gemacht haben. Daß aber hier daß Gesetz untersagt daß die, welche in Untersuchung gestanden haben nicht Stimmberechtigt sind aus ich mir solches gefallen laßen und kan es nicht wieder Streiden wen es gleich der gemeindzum Nutzen und Vortheil geschehen ist wie ich gehöret habe ist der Hintersässer Knorr zum Stellvertreter gewählt worden, und da es eine wichtige Sache ist so ein Amt zu übergeben so bitte ich weil er nur eine kurtze Zeit in Otterwisch gewesen ist daß Sie Knorn ein Gerichtliches Verzeichniß abverlangen aus was für Uhrsachen er so Blötzlich wär in Etzsholdshayn von dem Richter Dienste gesetzt worden. Darauf werden Sie nach dem Gesetz entscheiden ob er Stim und Wahlfähig ist.“

Johann Christoph Thieme.

Es ist nicht mehr möglich festzustellen, welche Bewandnis es mit den persönlichen Belangen des Briefschreibers hat. Mindestens müßten diese weit zurückliegen, denn wenn er davon spricht, daß er im Kriege seine Ehre verloren habe, könnten damit nur die Befreiungskriege (1813/15) gemeint sein. Das ist ja hier auch nicht das Ausschlaggebende, wichtiger ist vielmehr der Angriff gegen die von Thieme angezweifelte Wahlberechtigung des Hintersässers Knorr, der — wie wir sehen — zum Stellvertreter des Gemeindevorstandes gewählt worden war. Der Gerichtsdirektor verfolgte den Hinweis und wandte sich unterm 30. 3. 1839 an das Justizamt Colditz um Auskunft. Die Antwort hierzu selbst liegt nicht vor. Aber am 5. April 1839 richtet das Patrimonialgericht Otterwisch ein Schreiben an o. g. Thieme, in dem es heißt:

„... daß Knorr im Jahre 1833 wegen Unziemlichkeiten gegen eine verhehelichte Frau und wegen attendiertes Ehebruchs sich in Untersuchung befunden hat und in jener Hinsicht mit einer Geldstrafe von vier Thalern belegt, in dieser Rücksicht aber in Mangel Verdachts freigesprochen worden ist. — Nach § 29 der Landgemeindeordnung sollen diejenigen, welche wegen eines nach allgemeinen Begriffen entehrenden Verbrechens in Untersuchung befangen gewesen und nicht völlig freigesprochen worden sind, des Stimmrechtes verlustig seyn. Hierin werden die gewöhnlich fleischlichen Vergehungen nicht gerechnet und gemäß des bei anderen Otterwischer Gemeindegliedern befolgten Grundsatzes können wir Knorr der Stimmberechtigung und Wählbarkeit nicht für verlustig erachten...“

Also: Ein Holzdiebstahl — vielleicht aus Not und aus Angst vor dem hereinbrechenden Winter begangen (man darf die damalige Zeit nicht mit der heutigen vergleichen) führt — wie man heute sagen würde — zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Dabei darf man folgendes nicht außer acht lassen: Bei Holzdiebstahl — der doch am herrschaftlichen Eigentum — Wald! — begangen wurde, war das herrschaftliche Patrimonialgericht beiden — Ankläger und Richter — in einer Person, aber: „Unziemlichkeiten gegen eine verhehelichte Frau“ (und hinter dieser Begriffsfassung kann sich allerhand verbergen!) wird als „gewöhnliches fleischliches Vergehen“ verharmlost.

Am 23. April 1839 tritt die Gemeindevertretung zum ersten Male in folgender Besetzung zusammen:

Gemeindevorstand	Johann Gottlob Fischer
Gemeindeältester	Johann Gottfried Knorr
Ausschußpersonen	August Lindner
	Gottfried Hahn
	Tobias Oertelt
	Gottfried Kröber
	Christoph Kind
	Gottlieb Matthes
	Friedrich Rudolph

Dabei war — wie vermerkt ist — „eine ziemliche Anzahl der hiesigen Gemeindeglieder“ anwesend. Es erfolgt die Vereidigung nach der vorgeschriebenen Formel, und ab 1. Mai 1839 beginnt diese Gemeindevertretung mit ihrer Arbeit und leitet damit auch in unserer Gemeinde einen neuen Zeitabschnitt ein. Das Patrimonialgericht teilte die Zusammensetzung der neuen ländlichen Selbstverwaltung dem Ortspfarrer mit, mit dem Bemerkten, daß diese unter Wegfall des „zeitherigen Schulvorstandes“ auch die Schulangelegenheiten mit zu besorgen ist, unterläßt es aber bezeichnenderweise, die gleiche Mitteilung auch dem Schullehrer zu machen.

Zum Schluß seien noch einige in den alten Akten vermerkte Ereignisse angeführt, die im Zusammenhang mit dem bisher Gesagten stehen:

Am 29. April 1839 liefert der Buchbinder Carl Gottlieb Ender in Borna ein Gemeindebuch mit Lederrücken und Ecken, gebunden, 3 Buch Papier stark für 21 Groschen.

Am 30. Oktober 1839 zeigt das Patrimonialgericht Otterwisch dem Gemeinderath zu Otterwisch an, daß der in den Gemeinderath gewählte Häusler Johann Christoph Kind „wegen Holzdeube“ bei Uns in Untersuchung gekommen und hat die Begehung der Deube durch Bezahlung der ihm gesetzlich auferlegten Geldstrafe eingeräumt“. Es fordert die Entfernung des Kind aus dem Gemeinderath. Nachfolger muß laut Wahl vom 27. März 1839 Johann Gottfried Krebs werden. Das Schreiben schließt mit dem bezeichnenden Satz: „Wonach sich zu richten!“

Am 5. Januar 1840 beschließen die Gemeinderatsmitglieder die Besoldung des Gemeindevorstandes mit jährlich 40 Reichsthaler. Dieser Beschluß mußte vom Patrimonialgericht genehmigt werden.

Im Mai 1840 muß auch der Hintersässer Tobias Oertelt wegen Holzdiebstahl ausscheiden.

So vermittelt uns ein altes Aktenstück trotz der Nüchternheit und der Dürre seiner Bemerkungen ein lebendiges Bild, wie auch in unserer Gemeinde die neue Zeit ihren Einzug hält; natürlich noch zaghaft, unsicher, noch gegängelt, wie das nach einer jahrhundertlangen Unfreiheit und Rechtlosigkeit unserer ländlichen Bevölkerung gar nicht anders sein kann. Auf der anderen Seite aber — und man muß gerade in solchen nüchternen Protokollen versuchen, zwischen den Zeilen zu lesen — versucht das zum Untergang verurteilte Feudalregime noch mit allen Mitteln der Überheblichkeit, der Mißachtung usw. das sich Bahn brechende Neue aufzuhalten.

k) Otterwisch 1848

Ein altes Aktenstück berichtet uns, daß die bürgerliche Revolution von 1848 auch an unserem Ort nicht spurlos vorüber ging. Daß es nicht zu einem offenen Aufruhr vor allem gegen die verhaßte Gutsherrschaft kam, die trotz der sogenannten Bauernbefreiung Anfang des Jahrhunderts den Ort und seine Bewohner noch beherrschte, hat wahrscheinlich zwei wesentliche Gründe, nämlich

1. bei den ersten oppositionellen Äußerungen im Dorfe wurde sofort ein Kommando von 50 Mann Soldaten aus der Garnison Wurzen herbeigeholt, um alle Unruhen schon im Keime zu ersticken;
2. bestand im Dorfe eine tiefe Kluft zwischen der besitzenden Klasse (vor allem der Bauern) und der Masse der „Nichtbesitzenden“, die von der Hand in den Mund lebten, und die natürlich die meisten Ursachen hatten, auf eine Erleichterung ihrer Lage zu hoffen.

Jedenfalls muß es in einer Gemeindeversammlung am 9. April 1848 sehr lebhaft zugegangen sein, denn auf den nachfolgenden Vernehmungen und vor allem aus dem Bericht des damaligen Gemeindevorstandes Gottlieb Fischer ist herauszulesen, daß man zwar allerlei „aufrührerische Reden“ hörte, aber nicht feststellen konnte, wer sie eigentlich getan. Gerade in dieser Gemeindeversammlung, in der man eine gemeinsame bewaffnete Organisation zur Abwehr „hier einfallender Rotten“ zustandebringen wollte, trat diese Kluft klar zutage. Den Vorschlag zu dieser Organisation machte der Gemeindevorstand und er berichtet wörtlich „die Begüterten waren sämtlich meiner Ansicht und trugen sich in ein von mir angelegtes Verzeichniß ein“. Der Tumult brach aber los, als auch die anderen Dorfbewohner dazu aufgefordert wurden. Äußerungen wie diese „Wen sollen wir denn beschützen? Doch nur euch Bauern und das Rittergut. Uns können sie nichts nehmen. Wenn sie kommen, da gehen wir zuerst mit“. Oder „wir warten nur darauf, wenn es los geht. Wir sind schon dazu bereit, wir haben nichts zu verlieren“, zeigen die tiefe Kluft, die in unserem Dorfe bestand und vor allem auch die Erbitterung derer, die nichts zu verlieren hatten. Vor allem schien es nicht genug Arbeit — und damit Verdienstmöglichkeit in unserem Ort gegeben zu haben. Das geht aus folgender Äußerung hervor: „Wenn auch hier alles demoliert und das Schloß angezündet wird, das schadet nichts. Die Prinzessin hat genug, und da wird doch auch wieder Arbeit.“

Leider ist eine in dieser Versammlung verfertigte Bittschrift an die Rittergutherrschaft nicht mehr aufzufinden, so daß wir über die Wünsche unserer Vorfahren nicht unterrichtet sind. Es scheint sich — so geht aus einem Bericht des Gerichtes in Otterwisch vom 11. 4. 1848 hervor — um den Erlaß mehrerer herrschaftlicher Gefälle (= Abgaben) und um das Zugeständnis verschiedener, namentlich die Waldbenutzung angehender Wünsche gehandelt zu haben. Jedenfalls konnten die Soldaten bald wieder den Ort verlassen, denn der Zweck ihres Kommens war erfüllt. Und konnte der Zweck ihres Kommens wohl etwas anderes sein, als denen Angst einzujagen, die von der in den großen Städten tobenden Revolution eine Verbesserung ihrer mißlichen Lage erhofften? und weil daß durch die Anwesenheit der Soldaten erreicht worden war, konnte das Gericht zu Otterwisch im o. g. Bericht vom 11. 4. 1848 befriedigt schreiben, daß die Anwesenheit des Militärs — von den besten Folgen nicht nur für hiesigen Ort, sondern für die ganze nicht minder aufgeregte Umgebung sein wird“.

1) Als die Postkutsche durch unser Dorf rollte

Da unser Otterwisch bekanntlich an der Strecke Leipzig—Bad Lausick liegt, konnte der gelbe Postwagen erst dann durch unser Dorf rollen, wenn eine

Postverbindung zwischen Leipzig und Bad Lausick bestand. Diese Postverbindung wurde aber erst verhältnismäßig spät, nämlich 1843, eingerichtet. Allerdings erwähnt Kurt Krebs in seiner umfangreichen Untersuchung (Das Kursächsische Postwesen zur Zeit der Oberpostmeister Johann Jakob Kees I und II, Leipzig 1914) Otterwisch schon erheblich früher, um 1704, wenn uns auch etwas im unklaren lassend. Er wertet nämlich die von J. Kees dem Älteren geschaffene Postlandkarte aus und sagt: „Diese Postverkehrslinien zeigen vielfach ganz andere Wege als die, welche wir heutzutage als ‚alte Poststraßen‘ kennen und gibt als Postroute von Leipzig nach Grimma folgendes an: „Nach Grimma durch Übelessen (d. h. Tjonberg), Zuckelhausen, Naunhof und Otterwisch“ und setzt hinzu: „Nach Grimma von hier aus zu Fuß.“ Eine etwas unklare Darstellung! Demzufolge hätte doch Otterwisch der Endpunkt der Postlinie sein müssen, schon deswegen, weil Lausick in der Untersuchung von Krebs nicht genannt ist. Vorläufig kann hierzu noch nichts Näheres gesagt werden.

Aber vom 1. April 1843 ab rollte dann doch die Postkutsche durch unseren Ort durch die Einrichtung einer „Personen- und Packereipost“ Leipzig–Lausick–Rochlitz. Sie benutzte von Leipzig bis Pomßen die Grimmaer Poststraße und bog dort nach Otterwisch–Lauterbach–Lausick ab. Diese ganze Strecke von $6\frac{3}{5}$ Meilen, d. h. fast 50 km, wurde zunächst ohne Pferdewechsel gefahren. Ein Jahr später, am 1. April 1844, wurde zur Schonung der Pferde die Strecke geteilt. Hätte man dabei die beiden Kursteile genau geteilt, so wäre wahrscheinlich in unserem Ort eine Posthalterei eingerichtet worden, denn Otterwisch lag genau in der Mitte der Strecke Leipzig–Lausick–Rochlitz. Man hatte aber durch falsche Vermessung Lauterbach als Mitte festgestellt und richtete dort eine Posthalterei mit Stallungen, Wagenhalle, Postillonen, Wagenmeister und Pferde knechten ein, denn von dort aus mußten auch die Extraposten, Kuriere und Stafetten nach den Orten ringsum versehen werden. Erst später stellte sich heraus, daß die Strecke zwischen Leipzig und Lauterbach nicht $3\frac{2}{5}$, sondern $3\frac{4}{5}$ Meilen, und die Strecke zwischen Lauterbach und Rochlitz nicht $3\frac{1}{5}$, sondern $2\frac{4}{5}$ Meilen betrug. Also ist unser Ort durch einen Messungsfehler um ein reizvolles Stück Vergangenheit gekolmen. Lange hat die Postverbindung auch nicht gedauert. Die Eisenbahn trat als ernster Konkurrent auf. Zwar noch nicht bei uns in Otterwisch. Die Strecke nach Geithain wurde bekanntlich erst 1887 eröffnet. Aber Rochlitz hatte inzwischen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Leipzig–Grimmaer Eisenbahn (14. 5. 1866) tägliche Postverbindung mit Colditz von Großbothen her erhalten. Und Lausick war schon seit 1. 5. 1857 durch eine tägliche „Personen-Packereipost“ mit Grimma und Borna verbunden. So hatte die Postlinie Leipzig–Lausick–Rochlitz ihre Bedeutung verloren und wurde am 17. 5. 1866 eingezogen.

Immerhin hatte es noch über 20 Jahre gedauert, ehe Otterwisch wieder Verbindung mit „der Welt“ bekam, nun durch das Dampfroß. Ich erinnere mich, daß ein alt längst Verstorbener (August Lindner) mir noch erzählt hat, wie man – wenn man in Leipzig etwas zu versorgen hatte – auf Schusters Rappen angewiesen war und den Hin- und Rückweg (ca. 50 km!) an einem Tage zurücklegte. Eine beträchtliche Leistung! So sagen wir heute, wo uns Fahrrad, Motorrad, Auto, Bus und Eisenbahn zur Verfügung stehen, und wo wir am liebsten selbst für den „Sprung zum

Bäcker“ das Fahrrad nehmen. Übrigens: Das alte Posthorn war schon im Jahre 1831 — also vor Eröffnung unserer Postlinie — aus der Mode gekommen und durch die leichter zu blasende Messingtrompete ersetzt worden.

Ein in Lauterbach angestellter Postillon, Carl Uhlig, war 1852 wegen „seiner Geschicklichkeit in Fahren und Blasen der Posttrompete, sowie in Berücksichtigung seiner guten Aufführung“ mit dem „silbernen Posttrompetenmundstück 2. Klasse“ ausgezeichnet worden.

m) Unser Bahnhof

Mit dem Bau der Teilstrecke Leipzig—Bad Lausick—Geithain, die 1887 eingeweiht wurde, erhielt auch unser Dorf den Anschluß an den Verkehr „in die weite Welt“.

Die Strecke Leipzig—Borna—Geithain—Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) war schon in den vorhergehenden Jahren (angefangen mit der kleinen Teilstrecke Kieritzsch—Borna 1867) gebaut worden. Nachdem 1866 die Postlinie Leipzig—Rochlitz, die auch unseren Ort berührte, eingestellt worden war, blieb unser Ort über 20 Jahre hindurch ohne jede Verbindung, weder Post noch Bahn.

Unser Bahnhofsgebäude war ursprünglich nur der Teil des heutigen Gebäudes, der mit dem Giebel nach Norden (Fahrtrichtung Leipzig) zeigt, also der heutige Expeditionsraum, Wohnung und Güterboden. Damaliger Eingang zum Bahnhofsgebäude war dort, wo heute die Tür zur Hauptmann'schen Wohnung ist. Der heutige Expeditionsraum war damals in 2 Räume unterteilt, nämlich Warte- und Expeditionsraum.

Der südliche Teil des heutigen Gebäudes (Giebel dem Dorfe zugekehrt!), der Flur, Vorstandsraum und Belegschaftsraum umfaßt, ist erst kurz vor dem ersten Weltkrieg (1914) angebaut worden.

n) Etwas über Moritz Winter

Der riesige Grabstein auf dem alten Friedhof (an der Kirche) erinnert an einen gebürtigen Otterwischer, Moritz Winter, geboren in Otterwisch im Jahre 1823, ebenfalls hier beigesetzt am 22. Mai 1883. Da der Name Winter vor allem den älteren Otterwischern noch recht geläufig ist und das gemeindeeigene Wohnhaus in der Bad Lausicker Straße noch heute den Namen „Winterstift“ trägt, aber in unserer Gemeinde so mancherlei Erzählungen umherlaufen, die teils Phantasiegebilde, teils halb wahr sind, soll hier berichtet werden, was an wahrheitsgemäßen Fakten zusammengetragen werden konnte. Wahrscheinlich im Jahre 1822 trat ein gewisser „Winter“, der Vater des Obengenannten, in Otterwisch seine Stelle als „Hofgärtner“ auf dem hiesigen Rittergut an, ein Jahr später, 1823, wurde ihm ein Sohn (Moritz) geboren. Dieser wurde „Kaufmannsdiener“. So nannte man zu jener Zeit das, was wir heute „Handelskaufmann“ nennen würden. In seinen jungen Jahren scheint es Moritz Winter wirtschaftlich schlecht gegangen zu sein. Im Jahre 1846 fand er gastliche Aufnahme im hiesigen Pfarrhaus, da er mit dem damaligen Pfarrer Karl Ludwig Schmidt (1843—1854 Pfarrer in Otterwisch) von Jugend auf befreundet war. Dieser unterrichtete Winter in der englischen und französischen

Sprache. Winter war zu jener Zeit völlig mittellos und in größter Sorge um die nächste Zukunft. Das geht aus einem flehentlichen Bittbrief aus dem gleichen Jahre hervor. Später ging Winter nach Kalifornien, und damit reißen — wie es scheint — alle Verbindungen zur alten Heimat ab. Umso größer muß die Überraschung der Gemeinde Otterwisch gewesen sein, als bekannt wurde, daß ein „uns ganz unbekannter Mann“ (so der damalige Ortpfarrer K n a u t h in seiner Begräbnisrede!) die Gemeinde Otterwisch als Universalerben seines Vermögens eingesetzt hatte. Winter hatte in seinem ausführlichen Testament (damals befand es sich in den Gemeindeakten, ob es heute noch existiert, vermag ich nicht zu sagen) an die Einsetzung der Gemeinde Otterwisch als Universalerben die Bedingung geknüpft, nach seinem Tode auf dem hiesigen Friedhof beigesetzt zu werden. Und an dieser Bedingung wäre die ganze Erbschaft beinahe gescheitert. Winter starb nämlich — im Begriffe, in seine alte Heimat zurückzukehren — ganz plötzlich am 2. April 1882 in Borghetto bei Bordighera in Oberitalien und wurde dort „vor der Hand“ beigesetzt. Der Sarg selbst wurde versiegelt; nicht bloß aus sanitären Gründen, sondern auch darum, daß man später die Identität des Verstorbenen nicht bezweifeln durfte. Daß dies in weiser Voraussicht geschah, bestätigte sich, als 13 Monate später, eben am 22. Mai 1883 die endgültige Beisetzung auf dem hiesigen Friedhof erfolgte. Bei der Beerdigung in Otterwisch war nämlich Winter's leibliche Schwester (eine verwitwete Blumenhändlerin, wohnhaft auf der Nicolaistraße in Leipzig) und der leibliche Sohn derselben zugegen, während ein „enterbter Bruder“ zwar mit nach Otterwisch gekommen, aber nicht geblieben, sondern „auf das Hermannsbad in Lausigk“ gereist war. Dort wollte er abwarten, ob es in letzter Stunde gelingen würde, die Beisetzung Winters in Otterwisch unmöglich zu machen. Und wirklich ereignete sich bei der Beisetzung ein Zwischenfall. Hören wir hier als Gewährsmann den dabei anwesenden Ortpfarrer K n a u t h, der beinahe 20 Jahre später, 1902, Aufzeichnungen über diesen Tag machte, denen wir folgendes entnehmen:

„nachdem der Sarg zur Versenkung bereitgestellt war, trat die anwesende Schwester mit der Forderung der Sargöffnung auf, damit sie sich überzeugen könne, daß der Sarg die Leiche ihres Bruders enthalte. Dagegen trat mit Energie der anwesende Gemeindevorstand Erler auf, indem er sich auf die amtliche Versiegelung des Sarges und auf die Anwesenheit des mitgegebenen amtlich beglaubigten italienischen Begleiters berief. Die Drohungen der Schwester, den Toten wieder ausgraben zu lassen, blieben daher unbeachtet. Es ist auch nachträglich kein Versuch gemacht, die ausgesprochene Drohung auszuführen.“

Es sei noch hinzugefügt, daß Winter in seinem Testament das Denkmal für ihn (aus Granit) sowohl hinsichtlich der Form als auch hinsichtlich der Inschrift genau festgelegt hatte, obwohl man an beiden — Form wie Inschrift — mit Recht Anstoß nahm. — Über nähere Einzelheiten des Testamentes (Höhe usw.) war Genaues nicht zu ermitteln.

Die gesellschaftspolitische Entwicklung in unserer Gemeinde

Das Aufbegehren der Besitz- und Rechtlosen gegen den feudal-kapitalistischen Herrschaftsklüngel des kaiserlichen Deutschland von 1848 ist auch an Otterwisch nicht spurlos vorübergegangen. Wie aus alten Aufzeichnungen zu entnehmen ist, konnten damals nur eilig herbeigerufene Truppen der Garnison Wurz den tätlichen Ausbruch des Volkszorns in unserer Gemeinde verhindern. Knechte, Mägde, Gutsarbeiter und landarme Bauern waren entschlossen, das Herrschaftsschloß der sie ausbeutenden Gutsbesitzer zu demolieren. Sie glaubten damit ihr unerträgliches Los ändern zu können. Die Geschichte hat uns jedoch gelehrt, die Clique der Großgrundbesitzer konnte bis Ende des 1. Weltkrieges auf dem Lande nur deswegen so uneingeschränkt herrschen, weil ihr keine organisierte Kraft der Unterdrückten gegenüber stand. Das änderte sich erst im Ergebnis der November-Revolution von 1918. Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte zogen in die Stadt- und Gemeindeparlamente ein. Wenn auch noch in der Minderheit und oft durch parteiinterne Interessen uneinig, wirkten die Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibenden und Kleinbauern positiv auf die gesellschaftliche Entwicklung.

In unserer Gemeinde hatte sich gleich nach dem 1. Weltkrieg eine verhältnismäßig starke Gruppe Sozialdemokraten gebildet. Die Namen Arno Weber, Ernst Betke, Richard Öhlschlägel, Richard Flemming, Paul Krebs und Richard Ruschke sollen hier stellvertretend für alle SPD-Mitglieder genannt sein. Auch Mitglieder der KPD, wie Paul Heil, Walter Klein, Max Förster, Arno Hofmann u. a., fanden sich zu einer Gruppe zusammen. Das revolutionäre Programm der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands, mit unserem unvergessenen Ernst Thälmann an der Spitze, veranlaßten nach kurzer Zeit einige SPD-Mitglieder, in die Gruppe der KPD überzutreten. Bereits 1921 gründeten die Genossen der KPD den revolutionären Arbeiter-Turnverein Otterwisch. In ihm scharten sie eine Anzahl gleichgesinnter Parteiloser um sich und erweiterten so ständig ihren politischen Einfluß. Bis zur Machtergreifung des Faschismus hielten die Otterwischer Kommunisten das Programm der KPD und die Warnungen Ernst Thälmanns „Wer Hitler wählt – wählt den Krieg“ den demagogischen Versprechungen der Faschisten unbeirrt entgegen. Nach übereinstimmenden Meinungen heute noch lebender Genossen vertraten ab 1921 Vertreter beider Parteien im Gemeindeparlament die politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiter und Kleinbauern in unserer Gemeinde. Nicht immer waren die Ziele beider Parteien dieses zutiefst politischen Kampfes die gleichen. Aus der heutigen Sicht betrachtet, drängt sich die Parallele zur Geschichte der deutschen Arbeiterklasse auf. Hier wie dort war das verhängnisvolle Nebeneinander der beiden Arbeiterparteien und das fehlende Bündnis mit den Landarbeitern und landarmen Bauern die Ursache dafür, daß der faschistischen Brut nicht wirksam genug entgegengetreten werden konnte.

Mit dem Machtantritt des Faschismus waren auch in Otterwisch die Parteien und Organisationen der fortschrittlichen Arbeiterklasse verboten. Durch das Gleichschaltungsgesetz vom April 1933 wurde die Demokratie aus dem Gemeindeparlament verbannt. Viele Mitglieder der beiden

Arbeiterparteien waren willkürlichen Schikanen der Faschisten ausgesetzt. Die meisten Genossen der KPD wurden zum Teil mehrmals verhaftet. Sie mußten Haussuchungen und Verhöre über sich ergehen lassen und wurden in den faschistischen Krieg geschickt. Trotzdem ging die politische Arbeit weiter. So wurden nachweisbar in unserem Ort zeitweilig Druckapparate und Druckerzeugnisse illegaler Leipziger Parteigruppen versteckt gehalten.

Die 12jährige Nazibarbarei und ihr verbrecherischer Raubkrieg hinterließen nach der endgültigen Vernichtung durch die Sowjetarmee ein wahrhaft trauriges Erbe. Tausende Städte und Dörfer lagen in Schutt und Asche. Kaum eine Familie hatte keine Opfer zu beklagen. Unzählige Menschen waren evakuiert und irrten ziellos im Lande umher. Ein großer Teil unseres Volkes, von der Naziideologie vergiftet und der faschistischen Diktatur irreführt, verfiel einer Lethargie. Viele aufrechte Kämpfer gegen Faschismus und Krieg waren von den Faschisten ermordet.

Nach dieser Nacht des Faschismus sehnten sich die Menschen nach Frieden. Viele hatten begriffen, daß die Zukunft Deutschlands nur im Frieden liegen kann. Aber nur wenige hatten klare Vorstellungen, welcher Weg aus dem Chaos dorthin beschritten werden muß. Der nach der Zulassung der Parteien vom ZK der KPD am 11. Juni 1945 erlassene Aufruf zeigte den Weg zum demokratischen Aufbau Deutschlands. Er konnte nur zum Erfolg führen, wenn die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern zur entscheidenden Kraft der Neugestaltung unseres Landes wurde. Der Fortbestand der deutschen Nation forderte unabdingbar die ökonomische und politische Entmachtung der Konzerne, Trust's und Monopole sowie der Junker und Großgrundbesitzer. Der Militarismus mußte für immer beseitigt und ein demokratischer Verwaltungsapparat aufgebaut werden.

Noch im Jahre 1945 gründeten die KPD und SPD je eine Ortsgruppe in unserer Gemeinde. Die KPD leitete Genosse Hofmann. Die SPD wurde vom Genossen Ranze geführt. Der Zusammenschluß beider Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schuf die Voraussetzung zur konsequenten Durchsetzung der Politik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Dieser Vereinigung gingen politische und ideologische Auseinandersetzungen voraus. Nicht jedem Genossen war die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes von Anfang an klar. In konsequenter Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees und unter bewußter Ausnutzung des Gesetzes der helfenden Kritik wuchs die Ortsgruppe der SED zum politisch-ideologischen Zentrum der Entwicklung des antifaschistisch-demokratischen Blocks in unserer Gemeinde. Von ihr ging die Initiative zur ideologischen Umwandlung breiter Schichten in unserem Ort aus. Unter diesen Voraussetzungen konnten solche revolutionäre Umwälzungen wie die Bodenreform, die demokratische Schulreform, der Volksentscheid und der Aufbau einer demokratischen Gemeindeverwaltung mit viel Sorgfalt vorbereitet und mit großem Elan durchgesetzt werden. Dazu war viel Kleinarbeit notwendig. Es galt, die breiten Massen aus der Lethargie zu reißen, ihnen die Politik der Partei der Arbeiterklasse verständlich zu machen und sie zur Mitgestaltung eines neuen, von der Diktatur des Proletariats bestimmten Lebens zu gewinnen. Unermüdlich mußten von den Genossen die Argumente des Klassegegners widerlegt werden. Ab 1951 wurden Betriebsparteiorganisationen, später Parteiorganisationen der

LPG, Schulparteiorganisationen und in kleineren Wirtschafts- oder Verwaltungseinheiten Parteigruppen gebildet. Die politische Arbeit unserer Genossen konzentrierte sich nun auf die jeweiligen Arbeitsbereiche. Der zentrale Charakter der Ortsparteiorganisation der SED bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik 1949 war organisatorisch notwendig, um als führende politische Kraft den antifaschistisch-demokratischen Block zu befähigen, auch in unserer Gemeinde die Entwicklung zum Sozialismus zu organisieren.

Kurz nach der Zulassung demokratischer Parteien und Massenorganisationen 1945 wurden auch in unserer Gemeinde Gruppen der NDPD, der CDU und der DBD gebildet. Diese Parteien scharten antifaschistische Kräfte um sich und nahmen unter der Führung der SED gemeinsam das kühne Programm zum Aufbau des Sozialismus in unserem Ort in Angriff. Jungen und Mädel unserer Gemeinde vereinten sich bereits 1946 in der FDJ zu einer demokratischen Jugendorganisation. Sie erzogen sich gegenseitig im Geiste des Friedens und zur Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern der Welt. Neben politischer Aufklärungsarbeit, praktischen Arbeiten an Brennpunkten des örtlichen Aufbaues und Sondereinsätzen in der Landwirtschaft pflegte unsere FDJ-Gruppe besonders das nationale Kulturerbe. Die FDJ-Kulturgruppe war weit über die Ortsgrenzen unseres Dorfes hinaus bekannt und beliebt.

Im DFD schlossen sich fortschrittliche Frauen unseres Ortes zusammen, um die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen und Mädchen am politischen, ökonomischen und kulturellen Leben durchsetzen zu helfen. Die alten Vorurteile sind gebrochen. Gleichberechtigt und gleichwertig stehen unsere Frauen heute neben dem Mann im Ringen um hohe Effektivität, ob als Arbeiterin im sozialistischen Industriebetrieb, ob als Lehrerin an unserer Oberschule oder als Kapitän des Mähdreschers E 512.

Als größte Massenorganisation der werktätigen Bauern wurde 1945 in Otterwisch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) gegründet. In den ersten Jahren leisteten ihre Mitglieder vorwiegend ideologisch-organisatorische Arbeit bei der differenzierten Veranlagung, beim Einsatz der Traktoren und Geräte der MAS und bei der Heranführung der werktätigen Bauern an die Planaufgaben. Die VdgB hat sich auch in unserer Gemeinde als Bindeglied zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft bestens bewährt und wesentlich zur Festigung dieses Bündnisses beigetragen.

Mit der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in unserer Gemeinde hat sich auch der sozialistische Handel, die Versorgung unserer Einwohner mit Nahrungs- und Genußmitteln, Textilien und Gegenstände des täglichen Bedarfs, ständig steigend weiter entwickelt. Die ursprüngliche Konsum-Verkaufsstelle konnte 1953 zum Konsum-Landwarenhaus ausgebaut und modern eingerichtet werden. Daneben besteht in der Bahnhofstraße noch eine Schuh- und Schreibwarenverkaufsstelle. Zur Erweiterung der Versorgung richtete die staatliche Handelsorganisation (HO) in der Bahnhofstraße eine zusätzliche Lebensmittelverkaufsstelle ein. Die bäuerliche Handelsgenossenschaft (BHG) versorgt unsere Einwohner vorwiegend mit Kleingeräten und Artikeln des bäuerlichen und gärtnerischen Bedarfs, mit Baureparatur-Material und mit Hausbrand.



Neues Rathaus



Nationales Aufbauwerk, 12 und zweimal 4 Wohnungseinheiten

Viele Gartenfreunde unseres Ortes schlossen sich 1964 zu einer Sparte Kleingärtner zusammen. Wenn es anfangs galt, von den Siedlern und Kleintierhaltern organisiert Produkte zur qualitativen Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zu erhalten, so liegt heute das Augenmerk auf der Anlage schöner und gepflegter Kleingärten. Die Tätigkeit im Garten soll zur Erholung werden, die Reproduktion der Arbeitskraft fördern und als sinnvolle Freizeitgestaltung betrieben werden.

Unser sozialistischer Staat ist besonders um unsere alten Mitbürger besorgt. Die Volkssolidarität unseres Ortes bemüht sich, besonders in den langen Wintermonaten unseren Rentnern etwas Abwechslung zu bieten. In zahlreichen Rentnernachmittagen wurde so manche alte Erinnerung aufgefrischt. Von den Rentnern wird die Tätigkeit der Volkssolidarität dankbar anerkannt.

Die geistig-kulturelle Entwicklung ist bisher in unserem Ort sporadisch verlaufen. Verschiedene Laienspiel-, Volkstanz- und Musikgruppen sind entstanden und wieder vergangen. Gegenwärtig hat sich ein Volksschor herausgebildet. Es bleibt zu hoffen, daß aus den Aufgaben zur 700-Jahr-Feier und zum 20. Geburtstag unserer Republik eine höhere Aktivität auf dem Gebiete der Kultur erwächst.

Die SED, als stärkste Partei unseres Ortes, konnte im Bündnis mit den Blockparteien, den demokratischen Massenorganisationen und den fortschrittlichen Kräften in der Gemeinde durch die konsequente Verwirklichung der Beschlüsse ihres Zentralkomitees eine demokratische Gemeindeverwaltung aufbauen. Mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen im April 1945 in unserem Ort wurde der von Faschisten durchgesetzte Gemeinderat aufgelöst. Genossen Hellmut Erler beauftragten die Besatzungstruppen mit der Aufgabe der Gemeindeverwaltung bis zur ersten Gemeindewahl am 1. September 1946. Damit stand zum ersten Mal ein Vertreter der Arbeiterklasse an der Spitze unserer Gemeinde. Unübersehbar waren die Aufgaben. Der faschistische Raubkrieg hatte ein trauriges Erbe hinterlassen. Neben den politisch-ideologischen Problemen galt es besonders materiell-technische Fragen zu lösen. Für zahlreiche Umsiedler mußten Unterkünfte geschaffen werden. Es galt, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu stabilisieren und die landwirtschaftlichen Betriebe für eine rasche Produktionssteigerung anzukurbeln. Aber auch mit Problemen der Ordnung und Sicherheit, des Gesundheitswesens, der Kultur und der Jugendarbeit wurden die Mitglieder des Gemeindeausschusses, der sich nach dem Einmarsch der Sowjetarmee mit deren Unterstützung bilden konnte, bald konfrontiert. Die im politischen Kampf erfahrenen Arbeiter hatten nun vollkommen neue Aufgaben vor sich. Im Ergebnis der ersten Gemeindewahl von 1946 konstituierte sich der Gemeinderat des anti-faschistisch-demokratischen Blocks.

Die Aufgaben waren inzwischen nicht geringer geworden. Auf allen Gebieten des täglichen Lebens ging die revolutionäre Umwälzung vor sich. Ihre Entfaltung in allen Phasen der Entwicklung zu fördern, war die ureigenste Aufgabe des Gemeinderates. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschen Boden, war für die geeinte Arbeiterklasse und die werktätigen

Bauern eine große Etappe gewonnen. Die in den ersten Jahren noch Verzagten und Hoffnungslosen gewannen allmählich Vertrauen zur Politik der Partei der Arbeiterklasse. Die Zahl der bewußt Mitdenkenden und aktiv Mitwirkenden wurde auch in Otterwisch immer größer. So konnte im Nationalen Aufbauwerk der Nationalen Front in ausgesprochener Gemeinschaftsarbeit z. B. 1951 die Neubert-Siedlung errichtet und der alte Sportplatz gebaut werden. 1953 schufen sich unsere Einwohner als moderne Versorgungseinrichtung das Konsum-Landwarenhaus. Der Jahn-Sportpark wurde 1955 nach 2jähriger Bauzeit unter Mitwirkung sehr vieler Bürger eingeweiht. Im gleichen Jahr konnte zur Erleichterung der Hausfrauenarbeit ein Wasch-Stützpunkt eingerichtet und die Kinderkrippe eröffnet werden. 1956 arbeiteten vor allen die Eltern an die Erweiterung des Kindergartens mit. Große Initiative zeigten unsere Einwohner beim Bau des Wohnblocks (12 Wohnungseinheiten) und beim Ausbau des Lichtspielhauses im Jahre 1959. So könnte noch eine Vielzahl großer und kleiner Objekte aneinander gereiht die Schöpferkraft der sich immer mehr festigenden sozialistischen Bürgergemeinschaft in unserem Ort unter sichtbaren Beweis stellen.

Das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957 und der Erlaß des Staatsrates vom 28. Juni 1961 sowie 2. Juli 1965 fordern die Bildung von Ständigen Kommissionen und Aktivs zur Lösung der Aufgaben der Gemeindevertretung. Darin drückt sich die sozialistische Demokratie als Wesen der Politik unseres Staates aus. Immer mehr Bürger sollen die allseitige Entwicklung unseres Ortes mitgestalten. Neben der Gemeindevertretung mit ihren Ständigen Kommissionen arbeiten zahlreiche Einwohner im Volkskontrollausschuß der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, im Verkaufsstellen-Ausschuß des Konsums und der HO, als Elternbeiräte und in den Klassen-Elternaktivs, in den Elternaktivs des Kindergartens und der Kinderkrippe, als Vertreter der demokratischen Sportbewegung, der Freiwilligen Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes mit. Die Nationale Front, als Sammelbecken aller friedliebenden und fortschrittlichen Menschen, entwickelt sich immer mehr zum demokratischen Führungszentrum beim allumfassenden Aufbau des Sozialismus in unserer Gemeinde. Der 1945 in unserer heutigen Republik eingeschlagene gesellschafts-politische Weg zum Sozialismus hat sich für die Arbeiter, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden und für die fortschrittliche Intelligenz als der einzig richtige erwiesen. Dieser Weg war nicht immer mit Rosen bestreut. Viel Steine und ideologischen Schmutz gab es zu beseitigen. Aber der Weg führte immer nach oben. Dorthin, wo es keine Ausbeutung, keine Krisen und keinen Krieg gibt. Die Avantgarde unserer Arbeiterklasse, die revolutionäre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hat sich als hervorragender und umsichtiger Führer auf diesem Wege bewährt. Im Bündnis mit den Blockparteien und demokratischen Massenorganisationen verwirklicht sie konsequent die Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus. Die Sowjetunion hat uns auf unserem Weg uneigennützig unterstützt. Ihr gilt heute unser besonderer Dank. Wir verbinden damit unsere Bereitschaft, durch unsere Taten den Frieden zu erhalten und zu festigen, daß nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint.

Unsere sozialistische Landwirtschaft

Mit der endgültigen Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung 1945 auf dem Gebiete der heutigen Deutschen Demokratischen Republik waren die Voraussetzungen geschaffen, eine grundlegende Änderung auch in der Landwirtschaft herbeizuführen. Durch die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geforderte entschädigungslose Enteignung auch der Junker und Großgrundbesitzer konnte auf dem Lande begonnen werden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Eine wahrhaft revolutionäre Umwälzung. Aus vorstehenden Beiträgen über die Entwicklung unseres Ortes können wir entnehmen, wie ungeheuerlich die Unterdrückung der Landarbeiter und landarmen Bauern gewesen ist. Das sollte nun für immer vorbei sein. Ein uralter Traum der Landbevölkerung ging in Erfüllung.

Unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse wurde im September 1945 auch in Otterwisch der erste Schritt zur sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft getan. Die Bodenreform-Kommission, bestehend aus dem Maurer Arno Hofmann, dem Steinbrucharbeiter Paul Heil und der Landarbeiterin Milda Klein, bereitete die Aufteilung des Bodens, der Viehbestände und der Gerätschaften des Rittergutes vor. Die ehemaligen Gutsbesitzer hatten bereits bei Kriegsende das Gut verlassen. Unter der Treuhändlerschaft von Otto Ruschke und Erhard Münze wurde der Betrieb bis September aufrecht erhalten. Mitte September 1945 sprach der damalige Vorsitzende der Kreisbodenreformkommission, Genosse Walter Neubert, die Enteignung des Arnimschen Gutes aus. Unter seiner Anleitung gliederte die Bodenreformkommission den Grund und Boden in 72 Neubauernstellen auf. 18 Pferde, 80 Milchkühe und 120 Jungrinder wurden Eigentum der ehemaligen Landarbeiter, landarmen Bauern, Industriearbeiter und der durch den furchtbaren Hitlerkrieg nach Otterwisch verschlagenen Umsiedler. 75 Jungrinder erhielten andere Gemeinden, um ihren Viehbestand zu verbessern. Die vorhandenen Traktoren und Großgeräte übernahm die VdgB.

In entbehrungsreicher harter Arbeit, aber mit dem Bewußtsein, der eigene Herr auf eigenem Boden zu sein, wirkten die Neubauern in den 40er Jahren aktiv am Aufbau der Grundlagen für unseren sozialistischen Staat mit. Ihre unermüdliche aufopferungsvolle Arbeit half, die Ernährung unseres Volkes zu sichern und laufend zu verbessern. Den Beschlüssen der SED entsprechend wurde ihnen dabei durch die Arbeiterklasse alle mögliche Unterstützung gegeben. Günstige Kreditbedingungen und verminderte Ablieferungskennziffern ermöglichte den Neubauern die Stabilisierung ihrer Wirtschaften genauso wie die Einrichtung der Maschinenausleihstation.

Durch die großzügige materielle und finanzielle Hilfe unseres sozialistischen Staates war es 1951 möglich, in unserer Gemeinde eine ganze Siedlung von zweckmäßigen Neubauernhöfen zu errichten. Damit hatten sich 12 Neubauern ideale Bedingungen für ihre Weiterentwicklung geschaffen. Besonders die Umsiedler unter ihnen konnten sich eine neue Heimat auf-

bauen. Die Siedlung erhielt den Namen ihres Initiators, des unermüdlichen Kämpfers für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, unseres unvergessenen Genossen Walter Neubert.

Die Ortsparteiorganisation der SED wertete mit den Neubauern unseres Ortes die 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gründlich aus, in der die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften angeregt wurde. Im Ergebnis dieser Beratungen schlossen sich am 22. September 1952 fünf Neubauern auf freiwilliger Grundlage zur LPG Typ I mit dem Namen „Pionier“ zusammen. Neun Mitglieder mit 46 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche begannen die sozialistische Umgestaltung unseres Dorfes. Die Gründer dieser LPG, Milda Kleine, Hilde Riedel, Herbert Preuß, Anna Lippe und Kurt Schwirzek, warben unter ihrem Vorsitzenden Walter Kleine mit Unterstützung der Ortsparteiorganisation der SED in den Wintermonaten weitere Mitglieder. Am 31. Mai 1953 ging die LPG „Pionier“ zum Typ III über. 21 Bauernwirtschaften, ein großbäuerlicher Pachtbetrieb und 3 herrenlose Betriebe ergaben eine LNF von 282 ha. Den Grundstein der tierischen Produktion bildeten 15 Pferde, 103 Rinder davon 47 Milchkühe, 133 Schweine, 9 Schafe und 46 Hühner.

Die gemeinsame Produktion brachte anfangs viele Schwierigkeiten mit sich. Der Klassegegner war besonders aktiv. Die kleinsten Mißerfolge wurden als Untergang der LPG propagiert. Damit sollten die Mitglieder entmutigt und andere Bauern vom Beitritt zur LPG abgehalten werden. Aber auch solche objektiven Schwierigkeiten wie die ungenügende Bereitstellung qualitativ einwandfreien Saat- und Pflanzgutes verursachten Rückschläge in der Entwicklung. Nicht alle Mitglieder hatten von Anfang an die richtige Einstellung zur genossenschaftlichen Arbeit. Es wurde aus zum Teil rein persönlichen Gründen nicht immer Hand in Hand gearbeitet. Dadurch traten Rückstände in den Pflegearbeiten ein. Die gegenseitige Erziehung der Mitglieder zur Arbeitsmoral und Disziplin war unter den neuen Bedingungen logischerweise ein Prozeß. Die Bestellung der vielen kleinen Flächen erschwerte die Arbeit. Im Jahre 1959 mußten 21 Rapsfelder, 24 Schläge mit Wintergerste, 25 einzelne Flächen mit Roggen und 25 Weizenfelder rings um unseren Ort bearbeitet werden. Auch die Unterbringung der genossenschaftlichen Viehbestände bereitete Kopfzerbrechen. Große Ställe waren nicht vorhanden. So mußten die Tiere in vielen Ställen zum Teil mangelhaft untergebracht werden. Ihre Betreuung war mit einem erhöhten Arbeitsaufwand verbunden.

In der Folgezeit halfen kritische Auseinandersetzungen in den Mitgliederversammlungen, Schulungen über innergenossenschaftliche Demokratie, Wettbewerb zwischen den Brigaden und Qualifizierung der Mitglieder die Schwierigkeiten zu überwinden. Dabei festigte sich das Kollektiv der Genossenschaft unter der bewährten Leitung seines seit 1957 amtierenden Vorsitzenden Walter Mauder. Die Betriebsparteiorganisation der SED ist dem Vorstand der LPG bei der Lösung der Probleme eine starke Stütze. Sie richtet ihre ganze Kraft auf die Entwicklung des Bewußtseins der Genossenschaftsbauern. Die Arbeiterklasse, als führende Kraft in unserem Staate, schickte einige Industriearbeiter auch in unsere Genossenschaft. Sie halfen mit die gesellschaftliche Entwicklung zu aktivieren. 1962 übernahm die LPG die gesamte Technik der damaligen MTS. Jetzt konnten

die Geräte den Erfordernissen entsprechend auch operativ eingesetzt werden. Die damaligen Traktoristen waren noch keine Genossenschaftsbauern und manche wollten der LPG am liebsten den Rücken kehren. Intensive Aufklärungsarbeit, die ständige Aufwärtsentwicklung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und nicht zuletzt die Erfolge unserer Genossenschaft veranlaßten die Traktoristen, ihr fachliches Können für den ökonomischen Einsatz der modernen Technik voll und ganz anzuwenden. Als Mitglieder der LPG haben sie in ihrem komplizierten Beruf durch die Perspektive der Genossenschaft eine gesicherte Zukunft.

Im März 1965 erfolgte der Zusammenschluß mit der LPG „Freie Erde“ Großbuch.

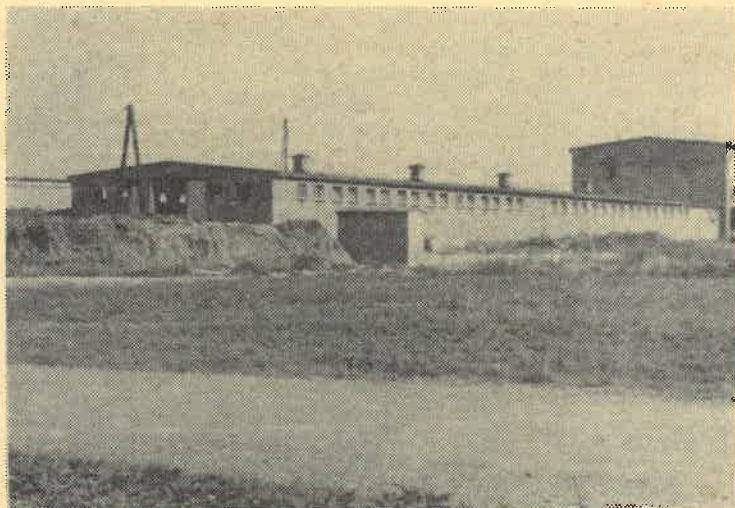
Das brachte erneut Probleme der Leitungstätigkeit mit sich. Sie konnten in enger kameradschaftlicher Zusammenarbeit und mit Unterstützung der BPO der SED gelöst werden.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik, als einer der zehn führenden Industriestaaten der Welt, wurde mit den Bauern und im Interesse der Bauern eine Landwirtschaft entwickelt, die auf genossenschaftlicher Grundlage ein hohes Niveau in der Produktion erreicht hat, wissenschaftlich geleitet wird und durch Anwendung moderner Methoden hervorragende ökonomische Ergebnisse erzielt. In wenigen Zahlen soll diese Tatsache am Beispiel unserer LPG „Pionier“ unterstrichen werden.

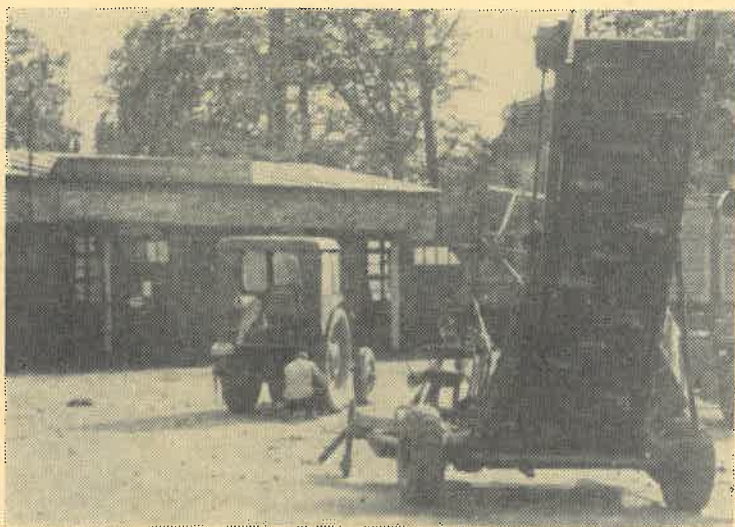
		1954	1967
a)	<i>Erträge im Feldebau</i>		
	Getreide dt je ha	23,3	35,3
	Kartoffeln dt je ha	110	205
	Zuckerrüben dt je ha	313	320
b)	<i>Tierische Produktion</i>		
	Milch kg je ha	482	1103
	Rind kg je ha	51	106
	Schwein kg je ha	66	164
	Eier Stück je ha	116	314
c)	<i>Viehbestand</i>		
	Pferde	15	14
	Rinder	103	818
	davon Kühe	47	348
	Schweine	133	1544
	davon Muttersauen	4	170
	Schafe	9	725
	Hühner	46	1726
d)	Die Akkumulation entwickelte sich von 53,— M im Jahre 1954 auf 378,— M im Jahre 1967.		
e)	Während für die geleistete Arbeitseinheit 1054 0,45 M erwirtschaftet wurde, konnten 1967 10,30 M dafür festgelegt werden.		

Diese wirtschaftliche Stabilität und die beschlossene Erhöhung der Akkumulationsraten ermöglichten es, verschiedene unbedingt notwendig gewordene Investitionen durchzuführen. 1959 wurde der Schweinestall

gebaut und ein Fischgrätenmelkstand errichtet. Der Neubau des Rinderoffenstalles erfolgte 1960 und ein Jahr später entstand ein Hühnerstall. Alle diese Maßnahmen trugen in Wechselwirkung zu den genannten ökonomischen Ergebnissen bei.



LPG „Pionier“ Rinderstall



Moderne Technik in der LPG

Von den Beschlüssen des V. Parteitages der SED und der VI. LPG-Konferenz ausgehend stand im Frühjahr 1960 unsere ganze Gemeinde vor der gesellschaftlich herangereiften Aufgabe, Otterwisch zum vollgenossenschaftlichen Dorf zu machen. In zahlreichen Aussprachen mit den Einzelbauern, unterstützt durch Genossen der Patenbetriebe und Mitarbeiter des Rates des Kreises Grimma gelang es, auch den letzten Einzelbauer von der Notwendigkeit und den Vorteilen der gemeinsamen Arbeit zu überzeugen. Im Ergebnis dieser zutiefst politischen Auseinandersetzung wurden die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Typ I „Frischer Wind“ und „Göselau“ gegründet. Damit war eine wichtige Etappe im Klassenkampf zu Gunsten des Sozialismus entschieden. Beide Genossenschaften kamen gut voran und konnten hohe ökonomische Ergebnisse erzielen.

Unsere drei Genossenschaften haben in den vergangenen Jahren bewiesen, daß der von der Partei der Arbeiterklasse aufgezeigte Weg zur sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft der einzig gangbare ist. Die westdeutschen Imperialisten und Großgrundbesitzer kündigten uns mehr als einmal den Zusammenbruch unserer Landwirtschaft an. Die Tatsachen sprechen für unsere sozialistische Entwicklung. In Westdeutschland mußten in den letzten Jahren mehr als eine halbe Million Bauern ihren Beruf aufgeben. Unsere Bauern konnten sich in ihrem Beruf weiterqualifizieren. Aus dem Einzelbauer von früher wurde der erfahrene Genossenschaftsbauer von heute. Die revolutionäre Veränderung der Menschen, die sich auch in der Bauernschaft vollzog, ist das größte Ergebnis des politischen Kampfes der Arbeiterklasse.

Die der Landwirtschaft vom VII. Parteitag der SED gegebene Perspektive zeigt allen Genossenschaftsbauern die Übereinstimmung ihrer persönlichen Interessen mit den Interessen unserer sozialistischen Gesellschaft. In Erkenntnis dessen beschlossen unsere drei Genossenschaften ab 1. Januar 1969 gemeinsam zu wirtschaften. Im Feldbau können nun weite Flächen bearbeitet werden. Dazu entwickelte unsere sozialistische Industrie entsprechende Großgeräte. Ihr komplexer Einsatz spart Arbeitszeit und bringt hohen ökonomischen Nutzen. Zur gemeinsamen Viehwirtschaft wurde zunächst 1968 ein Rinderkombinat für 200 Rinder errichtet. Das sind die ersten Anzeichen einer wahrhaft industriemäßigen Produktion der Landwirtschaft in unserem Ort. Wird dazu noch die bewährte Methode des komplexen Geräteeinsatzes mit dem Kooperationspartner Großbardau vervollkommen, wird jedem Betrachter einleuchten, daß durch den einst so schweren Schritt vom Ich zum Wir für jeden in der Landwirtschaft Tätigen Vorteile entstehen. Das trifft sowohl für die Schwere der Arbeit, für die Länge des Arbeitstages, für die soziale und kulturelle Betreuung und nicht zuletzt für das Arbeitseinkommen zu.

Der Zusammenschluß unserer drei Genossenschaften ist ein weiterer Schritt zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Stärkung unserer souveränen sozialistischen Republik. Er ist der gegenwärtige konkrete Beitrag unserer Genossenschaftsbauern zum entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Geschichte des Sports in unserem Ort

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg entstanden überall im Lande Gruppen meist jugendlicher Menschen, die sich zu verschiedenen sportlichen Betätigungen zusammenfanden. So bildete sich bereits 1919 in Otterwisch der bürgerliche Turnverein Turnerbund (TTO). Bürger, wie Franz Zänker, Richard Oertelt, Ernst Betke, Max Kauerauf und andere, um nur einige Namen zu nennen, brachten es schon zu dieser Zeit unter ihrem Vorstand Bruno Schwarz zu beachtlichen Leistungen. Zum ersten Schauturnen in Polenz fuhr sie damals Alfred Herbst mit dem Leiterwagen. Dem Turnerbund hatten sich nach kurzer Zeit die „freischaffenden“ Fußballer angeschlossen. Wie die damals aktiven Spieler Walter Stuhr, Artur Kupfer und Herbert Lindner berichten, ließ anfangs ein mit Schwamm gefüllter Stoffball die Herzen der Aktiven höher schlagen. Da der Ball oft naß und dadurch schwer wurde, strich man ihn mit Teer an. Das erste offizielle Spiel wurde in Kästner's Garten gegen Lauterbach ausgetragen. 1932 trennten sich die Fußballer wieder von den Turnern und gründeten ihren eigenen Club. Die Farben des FCO waren blau-weiß.

Anfang der 20er Jahre entstand der Boxclub „Zur Linde“. Unter der Leitung seines Gründers Kurt Bernhardt sorgten solche Boxer wie Kurt und Walter Grunewald, Albert Bugdalle und andere jahrelang für rege sportliche Betätigung im Club.

Die für die Geschichte des deutschen Volkes so unheilvolle Uneinigkeit der Arbeiterklasse zeigte sich auch in der Entwicklung des Sportes in unserem Ort.

1921 gründeten die beiden Sportfreunde Richard Flemming und Paul Heil, von einer Maifeier aus Belgershain kommend, den revolutionären Arbeiterturnverein Otterwisch. Noch im gleichen Jahr nahmen ca. 20 Turnerinnen und Turner am Arbeiterturnfest in Oschatz teil.

Nach langwierigen Verhandlungen aller Clubs und Vereine mit dem damaligen Gutsbesitzer von Arnim konnte 1924 mit dem Bau eines Sportplatzes begonnen werden. Gleich hinter den Gärten am heutigen Brückengeweg wurde in gemeinsamer Arbeit das Gelände auf einer Seite abgetragen und so der Platz egalisiert. In der Folgezeit bestanden die Clubs und Vereine nebeneinander. Sie benutzten und pflegten den Platz gemeinsam.

Bei Machtantritt 1933 verboten die Nazis den Arbeiterturnverein. Die anderen Clubs wurden zur vormilitärischen Ausbildung mißbraucht. Der 2. Weltkrieg hat tiefe Wunden in die Reihen der sportbegeisterten Otterwischer Bürger geschlagen. Viele sind gefallen, andere mit schweren körperlichen Schäden zurückgekommen. Auch der Sportplatz war dem Krieg zum Opfer gefallen. Die humanistischen Ideen der Körpererziehung und des Sports lagen so bei Kriegsende, durch die Nazibarbarei in tiefsten Schmutz getreten, völlig am Boden.

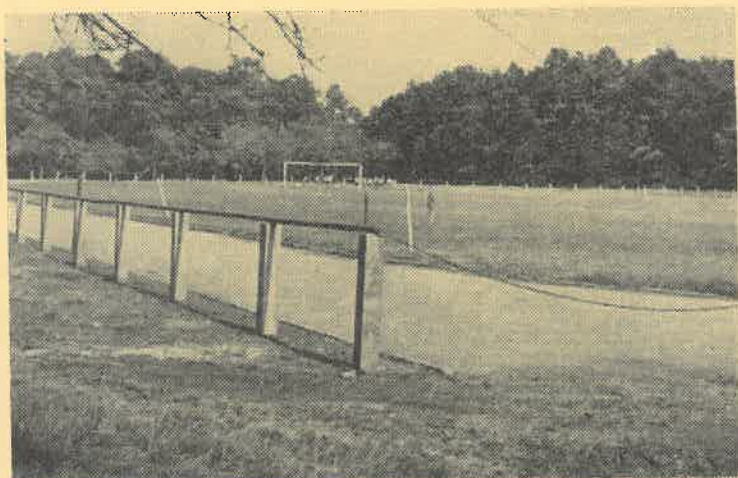
Sechs Monate nach des auf Initiative der FDJ und des FDGB am 1. Oktober 1948 gegründeten Deutschen Sportausschusses kam es auch in unserer Gemeinde zur Bildung einer Grundorganisation der demokratischen Sportbewegung. Die Gründung der BSG war ein folgerichtiger Schritt der sportinteressierten Bürger unseres Ortes, der sich aus dem Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Revolution und dem natürlichen Bedürfnis vieler Einwohner nach aktiver sportlicher Betätigung ergab. Entscheidende Voraussetzung für das Entstehen einer einheitlichen Sportorganisation auch auf dem Lande, war vor allem die Einigung der Arbeiterklasse unter Führung der SED, die Durchführung der Bodenreform und die Schaffung der Maschinen-Ausleih-Stationen (MTS). Letztere war zur damaligen Zeit Trägerbetrieb der BSG. Was für die Gründung der BSG Bedingung war, wurde in der Folgezeit der entscheidende Faktor für ihre erfolgreiche Entwicklung. Durch die Gründung der LPG „Pionier“ im Jahre 1952 erhielt auch die Entwicklung der BSG neue Impulse. Die aktiven Sportler und die Funktionäre nutzten die Voraussetzungen erfolgreich und trugen selbst zum Ausbau der Grundlagen einer echten sozialistischen Sportbewegung auf dem Lande bei. Dies war nicht einfach, besonders kompliziert war in den ersten Jahren die Situation auf dem Gebiete der Sportstätten. Der frühere Sportplatz, heute stehen dort moderne Wohnblöcke, wurde als Folgeerscheinung des zweiten Weltkrieges noch als Kleingartenanlage genutzt und diente so zur Verbesserung der Ernährung. Die Sportler aller Sektionen, voran die Fußballer, griffen zur Selbsthilfe und schufen sich unmittelbar hinter dem ehemaligen Schloß eine Spielfläche. Dort, wo vor 1945 kein werktätiger Einwohner seinen Fuß hinsetzen durfte, wo nur die herrschende Klasse der Gutsbesitzer bis zu ihrer Entmachtung spazieren ging, dort herrschte nunmehr ein im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten reger sportlicher Betrieb. Bereits damals war schon sichtbar, daß dieses Fußballfeld und die angelegten Sprung-, Wurf- und Stoßanlagen den künftigen Anforderungen nicht gerecht werden konnten. Schon 1950 entstand der Plan, eine allen Anforderungen entsprechende Sportanlage für Leichtathletik, Fußball und Volleyball zu schaffen. Dafür wurde das Gelände des ehemaligen Obstgartens der Guts herrschaft ausgewählt. Es gab viele Probleme und große Schwierigkeiten, die nicht sofort beseitigt werden konnten. Die erfolgreiche Entwicklung unserer Republik, die durch die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED im Jahre 1952 einen neuen Aufschwung erhalten hatte und die Entwicklung unserer BSG gestatteten es, am 27. März 1953 mit dem Bau des Jahn-Sportparkes zu beginnen. Es war ein Frühlingssonntag im doppelten Sinne. Vor allem begann für die Sportler selbst ein neuer Abschnitt, bei dem sie sich zu bewähren hatten. Neben reger sportlicher Übungs- und Wettkampftätigkeit galt es in freiwilliger Aufbauarbeit das begonnene Werk zu vollenden. Hunderte Einwohner, jung und alt, zogen zwei Jahre jeden Sonntag und an anderen Stunden der Freizeit zum Baugelände und schufen mit materieller und finanzieller Unterstützung unseres sozialistischen Staates diese schöne Sportstätte. Sie konnte Ende August 1955 mit einem großen Sportfest eingeweiht werden. Den größten Teil der mehr als 17 000 freiwilligen Arbeitsstunden leisteten die damals aktiven Sportler selbst. Aber auch hochbetagte Einwohner, wie z. B. Robert Heil, Oswald Oertelt, Karl Kunath, Richard Ruschke und andere konnten am Tage der Einweihung für ihren hervorragenden Einsatz ausgezeichnet werden.

Fast zu gleicher Zeit wurde die Kegelbahn mit einer neuen Asphaltdecke versehen und im Kulturhaus der Turnsaal eingerichtet. Mit dem neuen Sportplatz und besonders auch mit dem Turnsaal wurden wichtige materiell-technische Voraussetzungen für das Aufblühen der sozialistischen Sportbewegung in unserem Dorf, besonders für einen neuen Aufschwung des Kinder- und Jugendsports geschaffen. Der Erfolg bestand aber nicht nur darin. Wesentlicher war, daß gerade zu dieser Zeit des Bauens die gesamte Sportarbeit einen neuen Aufschwung nahm und daß sich in der BSG weitere sportliche Erfolge einstellten. Inspiriert durch die 1952 geschaffene Leitung der SV Traktor entwickelte sich in unserer Gemeinde in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine breite Massensportbewegung, die jährlich ihren Höhepunkt in den Landssportfesten fand. Wer erinnert sich nicht mit Stolz dieser echten Volkssporttage in unserer Gemeinde? Da traten nicht nur die Aktiven in Erscheinung. Mehr als 100 Einwohner legten in dieser Zeit die Bedingungen für das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ ab. Hunderte nahmen an den jährlich stattfindenden Großstaffelläufen teil, bei denen die Vielseitigkeit und die Massenteilnahme entscheidend waren. Auf der Grundlage dieser Breitenarbeit konnten nicht nur solch schöne Erfolge errungen werden wie z. B. ein Sieg im Wettbewerb der SV Traktor, der der BSG die Wanderfahne der Sportvereinigung einbrachte. Auch im Wettkampfsport errangen die Sektionen schöne Erfolge. Die Kegler spielten zu dieser Zeit in der Bezirksklasse keine schlechte Rolle. Die Gymnastikgruppe der Frauen nahm erfolgreich an mehreren Bezirkswettkämpfen der SV Traktor teil. Einzelne Leichtathleten konnten sich bei den Kreismeisterschaften und auch bei den Bezirksmeisterschaften der Sportvereinigung gut platzieren.

Ebenso erfolgreich waren die ersten Mannschaften der Schüler und der Jugend sowie der Herren der Sektion Fußball. Viele ehemalige aktive Fußballspieler werden sich sicher gern an den Sieg um den Bezirkspokal der SV Traktor, der nach mehreren schweren Spielen gegen zum Teil höherklassige Mannschaften in Kohren-Sahlis errungen wurde, erinnern.

Die Wurzeln dieser Erfolge sind in der zielgerichteten Sportarbeit zu suchen, die nur unter sozialistischen Bedingungen geleistet werden kann.

Sie liegen letztlich in unserer Gesellschaftsordnung begründet. Wesentlich war, daß sich in dieser Zeit unter der Leitung des aktiven Fußballspielers Werner Kiesewetter und später unter der Leitung des Sportfreundes Werner Riedel eine stabile BSG-Leitung entwickelte, die die Sportlerinnen und Sportler zur aktiven Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben erzog. Deshalb war es nicht verwunderlich, daß die Sportler immer mehr am politischen Kampf teilnahmen. Damals Aktive werden sich erinnern, daß auf Initiative der 1. Männermannschaft der Sektion Fußball ein Komitee zur Befreiung des in Westdeutschland eingekerkerten Sportfreundes Manfred von Brauchitsch gegründet wurde. Diese Mannschaft nahm auch den Spielverkehr mit Vereinen der Bundesrepublik auf und bewährte sich als Sendbote des neuen, des sozialistischen deutschen Staates. Volkswahlen und andere politische Höhepunkte sahen die Sportler als ihr Anliegen an.



Teilansicht Jahnsportpark



Junioren der BSG „Traktor“ Otterwisch (Kreismeister 1967)

Auch bei der Unterstützung der im stetigen Aufschwung befindlichen LPG „Pionier“, die inzwischen Trägerbetrieb der BSG wurde, waren die Mitglieder der BSG beteiligt. Wir sahen sie beim Bau des ersten großen Kuhstalles ebenso wie bei der Pflege und der Ernte der Hackfrüchte bzw. des Getreides. Aus heutiger Sicht betrachtet, kann man sagen, damals trugen die Sportler bereits dazu bei, die Keime unserer sozialistischen Menschengemeinschaft im Konkreten zu hegen und wachsen zu lassen. Aus dieser sozialistischen Menschengemeinschaft, die ihren Ausdruck im gemeinsamen Wirken aller Einwohner der Gemeinde heute in der sozialistischen Bürgergemeinschaft findet, erwachsen ständig aufs Neue die Grundlagen auch für den weiteren Aufschwung der sozialistischen Sportbewegung in unserer DDR und damit auch in unserer Gemeinde.

Auch unsere BSG ist hinter dieser Entwicklung nicht zurückgeblieben. Dafür legen die Leistungen der letzten Jahre ein beredtes Zeugnis ab. Die erste Fußballmannschaft gewann 1968 den Kreispokal und den Pokal der DSF. Besonders erfolgreich war unsere Jugend. Die Jugendmannschaft im Fußball konnte 1967 nach mehrmaligen Vizemeister erstmals Kreismeister werden und erreichte damit den Aufstieg in die Bezirksklasse. Unsere Jungen Pioniere gewannen ab 1964 fünf Kreismeistertitel, davon drei im Hallenfußball. 1965 und 1966 konnten sie den Pokal der Pionierorganisation erringen. In der Leichtathletik stellte der Jugendliche Roland Piecha 1967 im Speerwerfen der Jugend B eine DDR-Bestleistung auf. Sieger der Kreisspartakiade 1967 im 60-Meter-Lauf wurde Thilo Ferstl. Er ist gleichzeitig Inhaber des Kreisrekords im 60-Meter-Lauf. Kreis-Spartakiadesieger 1968 im Kugelstoßen wurde Günther Becker. Im Turnen belegte Sportfreund Dieter Piecha 1967 bei der Bezirksspartakiade in der Einzelwertung einen hervorragenden 10. Platz und gewann mit den Freunden des Trainingszentrums Grimma in der Mannschaftswertung für unseren Kreis die Goldmedaille.

Die sozialistische Sportbewegung betrachtet es als ihr Anliegen, die DDR zu stärken und zu schützen. Ihr Wirken ist auf die Formung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten und auf die freudvolle, aktive sportliche Gestaltung der Freizeit aller Bürger gerichtet. Der Beschluß des Staatsrates der DDR über die Aufgaben der Körperkultur und des Sports bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gibt auch allen Mitgliedern der BSG „Traktor“ und darüber hinaus allen Bürgern der 700jährigen Gemeinde Otterwisch Ziel und Inhalt der sportlichen Arbeit. Die Erfolge der BSG und der Gemeinde in den vergangenen zwei Jahrzehnten bieten die Gewähr dafür, daß die Sportlerinnen und Sportler sowie alle Einwohner, geführt von der SED, mit Hilfe der gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Organen auch im dritten Jahrzehnt des Bestehens unserer DDR und der BSG große Leistungen bei der Verwirklichung der vom VII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben vollbringen werden.

Die Geschichte und Entwicklung des Volksbildungswesens in der Gemeinde Otterwisch

Wer heute mit der Eisenbahn die Strecke Leipzig–Bad Lausick fährt, sieht vom Bahnhofsgebäude Otterwisch aus ein imposantes Gebäude. Man hat sofort den Eindruck, dort ist etwas besonderes untergebracht. Es ist das Gebäude der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule.

In allen dem Sozialismus vorangegangenen Gesellschaftsordnungen spielten die Probleme des Lernens, also der Volksbildung, eine bestimmte Rolle. Die herrschenden Klassen waren jederzeit daran interessiert, den unterdrückten Klassen soviel lernen zu lassen, wie ihren Interessen dienlich war. Man kann also das Volksbildungswesen nicht von der jeweils herrschenden Gesellschaftsordnung trennen, es ist klassengebunden. Wenn im Nachfolgenden versucht wird, einige Etappen aus der Entwicklung der Volksbildung in Otterwisch darzulegen, so wird die Behauptung der klassengebundenen Schule deutlich sichtbar.

In Otterwisch wird seit über vier Jahrhunderten, genau seit 1557, Schulunterricht erteilt. Der Küster ist zugleich der Lehrer. Es besteht kein Zweifel darüber, daß man damals die Hauptaufgabe im Lesen und Schreiben sah. Denn die künftigen Bürger der Gemeinde mußten ja im Katechismus, der Bibel und dem Gesangbuch lesen können. Das änderte sich inhaltlich auch nicht, als im Jahre 1579 der erste Kirchschullehrer Johann Hanemann nach Otterwisch kam. Er unterstand dem Ortpfarrer und dem Rittergutsherrn. Es sollten und mußten die Obrigkeit anerkennende und gehorsame „Gemeindekinder“ erzogen werden. Deshalb gibt es zu dieser Zeit keinen naturwissenschaftlichen Unterricht. Er würde ja die Kinder zum Denken anregen und damit Zweifel an der herrschenden Ordnung hervorrufen. Dem Inhalt entsprechend war natürlich auch die Unterbringung der Schule. Aus alten Akten ist ersichtlich, daß erst 1701 ein Schulbau vorgenommen und verändert wurde, weil es unmöglich war im alten Gebäude weiter zu unterrichten. Dieses 1. Schulgebäude wird heute als Wohnhaus benutzt.

Bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fehlen dann jegliche Unterlagen über die Entwicklung der Schule. Erst nach dem Volksschulgesetz von 1873 sind Schulakten vorhanden. Mit diesem Gesetz machte sich zwar der Staat zum Träger der Schule, die Schulaufsicht blieb aber weiter in den Händen der Geistlichkeit. Auch das Übergangsgesetz von 1919 brachte noch keine grundlegende Änderung.

Im Jahre 1873 besitzt Otterwisch eine vierklassige einfache Volksschule mit Fortbildungsteil. Leider gibt es aus dieser Zeit keine Unterlagen über Schülerzahlen und Lehrerbesetzung. Es ist anzunehmen, daß damals neben dem Kirchschullehrer ein sogenannter Hilfslehrer unterrichtete und zwei Klassen am Vormittag und zwei am Nachmittag besuchten. Das Schulgeld für einen Volksschüler betrug monatlich 40 Pfennig. Für den Fortbildungsschüler 60 Pfennig. Die Schulgeldeinnahme im Jahre 1888 weist 754,20 M aus. Unter anderem wurden von diesem Geld die Lehrer bezahlt. Der Kassierer mußte es persönlich in die „Behausung“ der betreffenden Lehrer

bringen. Dies geht aus einem Protokoll des damaligen Schulvorstandes hervor. Es muß auch so gewesen sein, daß viele Kinder wegen des geringen Verdienstes ihrer Eltern die Schule nicht besuchten. Der damalige Schulvorstand von Otterwisch legt darüber Ordnungsstrafen fest.

Auszug aus einem Protokoll von 1896: „Wenn ein schulpflichtiges Kind nicht zum Schulbesuch angemeldet wird, haben die Eltern eine Strafe von einer Mark zu zahlen.“

Auch nach dem Übergangsgesetz von 1919 wurden diese und ähnliche Ordnungsstrafen beibehalten.

Auszug aus einem Protokoll vom 13. 11. 1922: „Die Gebühr für das Herbeiholen eines säumigen Schülers durch den Schulboten wird auf drei Mark (in Gold) festgesetzt.“

Die hier genannten Summen erscheinen gering. Wenn man jedoch bedenkt, wie niedrig die Verdienste vor 1900 und auch nach dem ersten Weltkrieg waren, sind diese Beträge für den einfachen Tagelöhner, dessen Verdienst nur zu dem allernotwendigsten Lebensunterhalt ausreichte, unerschwinglich. Die Zuwendungen der Gemeinde für die Unterhaltung des Inventars und der Lehrmittel sind um die Jahrhundertwende auch sehr gering. Sie betragen jeweils nur jährlich dreißig Mark.

Natürlich ist der Einfluß der Kirche und des Rittergutes zu dieser Zeit auf die Schule nicht überwunden. Aus Aussprachen mit alten Otterwischer Bürgern ist mir bekannt, daß der Inspektor des Gutes bei notwendigen Arbeiten die Kinder aus der Schule holte und kein Unterricht stattfand. In diesen Jahren wird das Streben der herrschenden Klasse, das Volk zum Untertanengeist zu erziehen, besonders sichtbar. Das deutsche Kaiserreich braucht für die Durchsetzung seiner Machtansprüche den Kadavergehorsam. Das am meisten gebrauchte „Lehrmittel“ zur damaligen Zeit ist der Rohrstock. Wenn unsere Kinder heute von dieser Zeit des Schulunterrichts hören, dann können sie wirklich sagen — ein Glück daß diese Zeit für uns vorbei ist.

Lange Auseinandersetzungen hat es zwischen den Gemeindevätern von Otterwisch, Großbuch und Stockheim über die Zusammenlegung ihrer Zwergschulen und dem Bau eines neuen Schulhauses gegeben. Einmal waren diese, ein andermal jene dafür oder dagegen. Erst 1924 einigte man sich für das darauffolgende Jahr die Schulen zusammenzulegen und mit einem Neubau zu beginnen. Ein Jahr später fand dann der Einzug in das neue Gebäude statt. Wenn auch ein neues Gebäude vorhanden war, so änderte sich doch auch in der Weimarer Republik im Inhalt der Lehrpläne, der Lehrmethoden und der Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte des Volkes nichts. Zwei Rundschreiben, nachstehend auszugsweise wiedergegeben, im Original in der Heimatausstellung zu besichtigen, sprechen Bände.

Auszug aus Rundschreiben vom 22. 4. 1931: „Die Schulleiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß die KPD in der Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder Deutschlands ‚Die Trommel Nr. 3‘ vom März 1931 einen Aufruf zur Durchführung der Internationalen Kinderwoche bringt. Das Ministerium ordnet an, die Schülerschaft von der Teilnahme abzuhalten, ihnen das Verbot mitzuteilen und gegebenenfalls die Polizeibehörde hinzuzuziehen.“

Auszug aus Rundschreiben vom 20.10.1932: „Die Schulleiter werden angewiesen darauf zu achten, daß aus ihren Schulen niemand an den ‚Schul-entlassenen Kurse der KPD‘ teilnimmt.“

Auch an der Otterwischer Schule ging die schwärzeste Zeit der deutschen Geschichte, die Herrschaft des Faschismus und in seiner Auswirkung der 2. Weltkrieg, nicht spurlos vorüber. Der faschistische Ungeist zog auch in unserer Schule ein. Hitler brauchte Soldaten, die jeden Befehl bedingungslos ausführten. Daraus ergab sich auch der Inhalt der Bildung und Erziehung vom Januar 1933 ab. Wir alle kennen die Ergebnisse dieses Kapitels deutscher Geschichte. Natürlich hatte auch die Durchführung des Unterrichts während der 12jährigen Herrschaft des Faschismus zu leiden. Durch die vielen Bombenangriffe konnte man von einem geregelten Unterrichtsbetrieb überhaupt nicht sprechen. Noch schlimmer sah es in den letzten Monaten vor der Zerschlagung des Faschismus aus. Etwa von Mitte April 1945 bis zum Juni des gleichen Jahres war die Otterwischer Schule von amerikanischen Truppen belegt. Erst nach dem Abzug konnte die Schule wieder in Ordnung gebracht werden.

Eine neue Zeitepoche begann mit dem Befehl der SMA, daß ab Herbst 1945 die Schulen wieder eröffnet werden.

Es war die Zeit des schweren Anfanges. Neben den materiellen Trümmern waren auch die geistigen in den Köpfen der Menschen zu beseitigen. Das ganze Leben, somit auch das Leben in der Schule, mußte mit neuem Inhalt erfüllt werden. Der Jugend mußte beigebracht werden, daß das deutsche Volk nur in Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern eine Lebens-existenz hat. Mit den Verderbern Deutschlands, den Faschisten, Kriegsverbrechern und Imperialisten, mußte endgültig Schluß gemacht werden. Es galt dem Volk die Augen zu öffnen, daß es seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen muß.

Einst der schwierigsten Kapitel war neue Lehrer heranzubilden, die im Geiste der Völkerfreundschaft und des Friedens die Kinder zu selbständig denkenden Staatsbürgern zu erziehen. Auch die Schulraumnot war groß. Im Jahre 1949 mußten in Otterwisch 7 Lehrer 322 Schüler unterrichten. Es gab dort Klassenstärken mit 46, 52, ja sogar mit 57 Schülern.

Seit der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik und der damit engstens verbundenen kontinuierlichen Entwicklung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ging es auch in der Entwicklung des Schulwesens voran. Immer besser wurde die Lehrerbesetzung und die Ausstattung mit Lehrmitteln. Von besonderer Bedeutung ist aber der Einzug eines neuen Geistes in die Schule. Neue Lehrpläne und Lehrmethoden, die den Kindern ein allseitiges und umfassendes Wissen vermitteln sollen, werden eingeführt und durchgesetzt. Das Verhältnis des Lehrers zu seinen Schülern verändert sich grundlegend. Der Lehrer ist Freund und Helfer zugleich. Von ebenso großer Bedeutung ist die Gründung der Pionierorganisation, die auf das Leben in der Schule und außerhalb der Schule großen Einfluß nimmt. Die Kinder lernen schon frühzeitig selbständig verantwortliche Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu lösen.

Unausbleiblich war bei einer solchen Entwicklung die Veränderung des Schulgebäudes selbst. Nachdem 2 Jahre der polytechnische Unterricht und

die naturwissenschaftlichen Fächer in einem dazu geschaffenen behelfsmäßigen Unterrichtsraum durchgeführt worden war, erhielt die Oberschule Otterwisch einen Fachunterrichtsraum für Biologie, Chemie und Physik. In diesem Zusammenhang werden auch die hygienischen Anlagen wesentlich verbessert. Unsere modern ausgestattete Küche und der durch Eigenhilfe geschaffene sehr ansprechende Speiseraum tragen auch zur äußerlichen Verbesserung der Schule bei. Unsere Lehrmittelausstattung übersteigt im Wert ein Vielfaches der früheren Otterwischer Schule. Neben hochwertigen Unterrichtsmitteln für Mathematik, Chemie und Physik usw. besitzen wir einen modernen Tonfilmapparat, Plattenspieler, Tonbandgerät und vieles andere, was mithilft den Unterricht moderner und effektiver zu gestalten.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über das einheitliche Bildungssystems und der Einführung der 10jährigen Oberschulpflicht ist Otterwisch für die Oberschule Belgershain und Großbardau Zubringerschule für die 9. Klassen geworden. In die obengenannten Veränderungen wurden im Jahre 1967 127 000,— M von unserem Staat investiert. Unsere zusätzlichen Lehrmittelzuweisungen, die nicht über den Haushaltplan der Gemeinde gehen, betragen fast jedes Jahr 2000,— M bis 2500,— M. Aber nicht nur diese materielle Seite zeigt, das die Regierung unseres Staates bestrebt ist, unser Schulwesen zu einem der modernsten zu gestalten, sondern auch die vielen Aufwendungen, die für die laufende Qualifizierung und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Lehrer zur Verfügung gestellt werden.

Heute unterrichten in Otterwisch 10 ausgebildete Lehrer, davon 6 Fachlehrer für die verschiedensten Fächer der Mittel- und Oberstufe und 4 gut ausgebildete Unterstufenlehrer. Auch in unserem Schülerhort beschäftigen wir ausgebildete Erzieherkräfte.

Auf dem Weg der Entwicklung des Volksbildungswesens in Otterwisch hat es viele Höhen und Tiefen gegeben, aber in keinem Jahrzehnt oder Jahrhundert vor 1945 sind einem relativ kurzen Zeitraum von 25 Jahren so große umwälzende Fortschritte gemacht wurden, wie seit 1945.

Das zeigt sich auch besonders in der Vorschulerziehung. 1937 wurde zwar die erste Vorschuleinrichtung in unserem Dorf gegründet, aber nur als Erntekindergarten. Dieser Kindergarten war doch mehr oder weniger zur Aufbewahrung der Kinder gedacht. Von solchen Erziehungsplänen und Erziehungsmethoden, wie sie heute in unserem Kindergarten angewendet werden, wagten damals nur die fortschrittlichsten Menschen zu träumen. Es ist wie bei der Schule, die vorangegangenen Gesellschaftsordnungen gaben diesen Einrichtungen nur das, was sie für angebracht hielten. Mehrmals mußte der Kindergarten umziehen. Erst 1945 erhielt er seinen heutigen Platz und mußte bereits 1956 erweitert werden. Die Gemeinde will noch in diesem Jahr, bis zum 20. Geburtstag unserer Republik, den Kindergarten erweitern und dann solche Bedingungen schaffen, die an eine Vorschuleinrichtung unserer Zeit gestellt werden. Im Kindergarten werden zur Zeit 55 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren von ausgebildeten Erzieherinnen auf die Schule vorbereitet. Die Erziehungs- und Bildungspläne sind auf die Anforderungen der Schule abgestimmt.



Allgemeinbildende polytechnische Oberschule



Neuer Unterrichtsraum für Naturwissenschaft

Ein weiterer Höhepunkt war, als im Jahre 1955, am Geburtstag Ernst Thälmann, in Otterwisch eine Saisonkinderkrippe eröffnet wurde. Mit 15 Plätzen begonnen, mußte sie bereits im ersten Jahr um drei erweitert werden. 1958 wurde sie zur Tageskrippe und erhielt eine Kapazität von 28 Plätzen. Heute ist die Kinderkrippe in unserem Ort nicht mehr wegzudenken. Von den ehemals ungelerten Kräften und heutigen 6 Pflegekräften haben sich bereits vier qualifiziert bzw. stehen noch im staatlichen Abschluß. Jedes Jahr wendet unsere Gemeinde in ihrem Haushaltplan rund 4500,— M für die Unterhaltung der Krippe auf. Auch hier wird die Arbeit nach Erziehungsplänen durchgeführt, die auf die Belange des Kindergartens eingehen.

Die Aufgabe aller Lehrer und Erzieher und ich möchte hier auch alle Eltern mit einschließen, kann und muß es sein, unseren Kindern vor Augen zu führen, daß die großen Möglichkeiten ihrer Ausbildung und Weiterentwicklung nur durch die Anstrengungen aller Werktätigen unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei und der Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik geschaffen werden konnten. Es gilt, diesen unter großen Entbehrungen erkämpften Besitz zu erhalten und zu mehren. Unsere Kinder zur Liebe und Treue zu unserem Staat zu erziehen, ist die vornehmste und schönste Aufgabe aller Erzieher. Sie müssen stolz auf ihre Republik sein. Sie werden dann ihre ganze Kraft einsetzen, um gute sozialistische Bürger unseres Staates zu werden. Wir können dann unser Erbe mit ruhigem Gewissen in ihre Hände legen und davon überzeugt sein, sie führen das begonnene Werk bis zum endgültigen Siege.

Werner Heckel

Die Geschichte der Otterwischer Feuerwehr

Seitdem die Menschen verstehen, die Eigenschaften des Feuers für ihre persönlichen Bedürfnisse zu nutzen, mußten sie gleichzeitig erkennen, welchen Schaden das Feuer bei unachtsamer Handhabung anrichten kann. Wie aus alten Aufzeichnungen zu entnehmen ist, herrschte auch in unserem Ort oft große Feuersnot. So wurden beispielsweise im Jahre 1740 „fünf Güter und etliche Häuser“ ein Raub der Flammen. Drei Hintersässergüter, zwei Pferdnergüter und drei Hofreithen fielen 1756 in Schutt und Asche. 1761 verbrannten wieder „einige Güter und Häuser“.

Die Brandbekämpfung war zur damaligen Zeit noch wenig organisiert. In Ketten von Hand zu Hand reichten die Einwohner das Löschwasser in Segeltuch- oder Ledereimern bis zur Brandstelle. Jeder half mit, denn einer war auf den anderen angewiesen. Später machten die Behörden die Brandbekämpfung für alle männlichen Einwohner zwischen 18 und 45 Jahren zur Pflicht. Zweimal im Jahr wurden Spritzenproben abgehalten und dabei die im Rittergut untergestellten Gerätschaften auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Zeitweise betrug die zahlenmäßige Stärke der Pflichtfeuerwehr, die sich hauptsächlich aus Rittergutsarbeitern zusammensetzte, weit mehr als 60 Mann. Das barg die Gefahr in sich, daß sich bei Feueralarm einer auf den anderen verließ.

Diese Tatsache erkennend, gründeten der damalige Bürgermeister Richard Schmidt und der Malermeister Arno Graul am 22. März 1922 die Freiwillige Feuerwehr Otterwisch. Unter ihrem Hauptmann Arno Graul präsentierte sich die junge Wehr in folgender Zusammensetzung:

1. Hauptmann Franz Zänker, 2. Hauptmann Ernst Berger, Obersteiger Willy Schmidt, 1. Absperrkommandant Emil Böhme, 2. Absperrkommandant Franz Thuma, Oberhornist Arthur Leipnitz, Schriftführer Paul Otto, ein Steigerzug von 12 Mann, ein Spritzenzug von 20 Mann, 6 Hornisten und zwei Sanitäter.

Völlig neu ausgerüstet mit einer Handdruckspritze, Schutzhelmen aus Leder, Hakengurten für die Steiger, rot-schwarzen Gürteln aus festem Gurt für die Mannschaften und Uniformröcken begann eine regelmäßige und zielgerichtete Ausbildung. Bereits in den Jahren 1922/23 mußte die Wehr ihr Können beim Brand der Hahnenfeldscheune und beim Wohnhausbrand von Ernst Ruppert unter Beweis stellen.

Im Jahre 1930 erhielt die Wehr eine 600-Liter-Motorspritze. Klempnermeister Oswin Bartsch wurde Maschinist. Die Gemeinde war zu dieser Zeit knapp bei Kasse. Es konnten daher nur gebrauchte Zugfahrzeuge gekauft werden. Die beiden Kraftfahrer Kurt Kunze und Erwin Riedel hatten ihre liebe Not, die Fahrzeuge immer einsatzbereit zu halten. 1931 mußte die neue Motorspritze zum ersten Mal im Ernstfall beim Großbrand in Dietels Gut eingesetzt werden. Vom Standort am Oberteich aus waren die Schläuche schnell ausgelegt. Der Motor sprang nicht an. Ein großes Durcheinander entstand. Die Steiger standen am Brandherd, die Strahlrohre in den Händen und mußten tatenlos zusehen, wie alles verbrannte. Im Kraftstoffbehälter war kein Tropfen Benzin. Daraufhin wurden mehrere Maschinisten ausgebildet. Als 1932 die Wehr zur Brandbekämpfung zum Bauer Heinker nach Stockheim ausrückte, hatte man den Saugkorb vergessen. Durch vorbildlichen Einsatz eines Kradfahrers war es trotzdem möglich, als erste Wehr Wasser zu geben.

Unter der Leitung des 1. Hauptmanns Franz Zänker pflegte die Wehr ein reges gesellschaftliches Leben. Feuerwehrbälle, gemeinsame Ausflüge und Theaterbesuche und sonstige Veranstaltungen förderten die Zusammengehörigkeit. Die Hornisten taten sich zu einer Blaskapelle zusammen und spielten zu solchen Anlässen und bei Umzügen.

Mit Ausbruch des faschistischen Weltkrieges wurde die Wehr schwer zerrüttet. Viele junge Kameraden mußten in den Krieg. Neue Gesetze über das Feuerlöschwesen traten in Kraft. Fußdienst und Schießen gehörte zur Ausbildung. Ab 1943 flogen anglo-amerikanische Terrorbomber auch in unserem Raum. Am 20. Oktober 1943 wurde die Nachbargemeinde Pomßen getroffen. Unsere Wehr war mehrere Tage im Einsatz. Sprengbomben und massenweise Stabbrandbomben fielen auch ins Buchholz. Die Kameraden hatten tagelang zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. Bei einem Bombenangriff auf das RAW Engelsdorf kamen die Kameraden Hans Sauer und Willy Ley um.

In den Wirren der letzten Kriegstage verschwand die Motorspritze. Das Zugfahrzeug stand ohne Luft unter freiem Himmel auf dem Ritterguthof. Die Handdruckspritze fand man zerschossen auf dem Flugplatz. Viele



Neuerbautes Feuerwehrgerätehaus



Ausbildung im Kampfsport

Kameraden waren gefallen oder befanden sich in Gefangenschaft. Das war die traurige Bilanz des „Tausendjährigen Reiches“. Nach dem Einmarsch der Roten Armee fanden sich einige Kameraden zusammen und stellten unter dem neuen Wehrleiter Alfred Ackermann die Einsatzbereitschaft der Wehr wieder her. Beherrzte Kameraden organisierten zwei Motorspritzen, etwas Schlauchmaterial und einen alten Horch als Zugfahrzeug. Die Namen Alfred Ackermann, Erhard Münze, Erich Kauerauf, Paul Münze, Willi Dreihaupt, Karl-Heinz Schmidt, Hermann Bohne, Ernst Kunze und Alfred Ludwig, sollen hier für viele Initiatoren der ersten Stunde für unsere Wehr stehen.

Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zeigte sich sehr bald, daß unser Arbeiter-und-Bauern-Staat ständig um die technische Vervollkommnung und die allseitige Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr bemüht ist. Schon 1950 wurden neue Methoden in der Organisation und in der Ausbildung wirksam. Die Aufgaben der Brandverhütung traten immer mehr in den Vordergrund. Im ersten großen Wettbewerb um die beste Wehr im vorbeugenden Brandschutz konnten wir im Bezirk Leipzig den 3. Platz belegen und erhielten als Anerkennung fünf neue Uniformen und 200 Meter B-Schlauch. Für besondere Erfolge in der Ausbildung wurde unserer Wehr am 6. Januar 1954 anlässlich einer Alarmübung ein neuer Tragkraftspritzen-Anhänger mit voller Bestückung übergeben. Stolz leuchtete aus den Augen von 35 Feuerwehrleuten als am 2. November 1956 ein funkelnagelneues Löschfahrzeug mit Schlauchanhänger in das Gerätehaus rollte. Was den bürgerlichen Gemeindebehörden jahrzehntelang nicht gelungen war, ermöglichte die sozialistische Gesellschaftsordnung in kurzer Zeit. Hier kam erneut zum Ausdruck, welche Bedeutung unser Staat dem Schutze des Volksvermögens auf dem Gebiete des Brandschutzwesens beimißt.

Der neue Löschzug mußte am 17. Dezember 1956 seine Feuertaufe bestehen, als die zu einem Neubauernhof umgebaute ehemalige Brennerei zum Teil niederbrannte. In der Nacht vom 1. zum 2. April 1959 brannte der Berge-raum im LPG-Rinderstall. 360 Meter Schlauch und drei C-Rohre wurden eingesetzt, um den Brand zu löschen. Am 14. Juni 1959 um 12.50 Uhr war erneut Großalarm. Durch vorsätzliche Brandstiftung brannte die Landgutscheune nieder. Ausgelegt wurden 540 Meter B-Schlauch und 165 Meter C-Schlauch. Zwei Motorspritzen mit 6 Strahlrohren waren neben mehreren auswärtigen Löschfahrzeugen im Einsatz. Am 3. April 1962 wurde unsere Wehr zu einem Waldbrand nach Kössern gerufen und am 24. April 1962 rückte die Wehr zum Waldgroßbrand nach Seidewitz aus. Es brannten 70 ha Wald. Im zweitägigen Einsatz konnte das Feuer gebannt werden.

Unsere Wehr war in den vergangenen Jahren sehr oft im praktischen Einsatz, um wertvolles Volksvermögen vor den Flammen zu retten. Unser sozialistischer Staat stellt umfangreiche Mittel und Möglichkeiten zur theoretischen Aus- und Weiterbildung zur Verfügung. Dadurch werden die Kameraden befähigt, ihre Kenntnisse ständig zu erweitern und wirkungsvollere Methoden zur Brandbekämpfung anzuwenden. Hauptaufgabe ist und bleibt der vorbeugende Brandschutz. Darum gehen die Kameraden jedes Jahr in Wohnungen, Ställe und Scheunen, um die Einhaltung der Brandschutzbestimmungen zu kontrollieren. Mit großzügiger staatlicher Unterstützung war es möglich, ein neues Gerätehaus zu errichten. Nach

vielen hundert Stunden geleisteter freiwilliger Arbeit konnte es am 2. Osterfeiertag 1965 dem seit 1956 amtierenden Wehrleiter Erich Münze feierlich übergeben werden. Unsere Wehr ist heute modern ausgerüstet. Ihre praktische Erfahrung, ihre technische Ausbildung und ihre ideologische Weiterbildung befähigen sie, Tag und Nacht zum Schutze des Volksvermögens und zur Festigung und Stärkung unserer Republik bereit zu sein.

Werner Heckel

Die medizinische Betreuung in unserem Ort

In der Zeit vor 1945 gab es in Otterwisch nicht eine einzige offizielle Einrichtung zur Betreuung der Einwohner auf medizinischem Gebiete. Das war charakteristisch für die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Geld für die Gesunderhaltung der Arbeitskraft auszugeben, wäre ja Verschwendung gewesen. So fanden sich in der Vergangenheit einzelne Mitmenschen, die aus Idealismus bei Unfällen oder sonstigen Verletzungen die erste Hilfe leisteten. Ob ausgebildet oder nicht, legten sie so manchen Notverband an. Zu ihnen gehört Herr Fritz Burschberg. Er erwarb seine Kenntnisse durch die Ausbildung als Sanitäter bei der Feuerwehr und in seinem Betrieb. Oft war er bei Verletzungen zur rechten Zeit uneigennützig zur Stelle, um durch sein fachkundiges Eingreifen in der Folgezeit größere Komplikationen zu verhindern.

Erst mit der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung 1945 im östlichen Teil Deutschlands war auch in unserem Ort die Voraussetzung für die Verwirklichung der humanistischen Ideen von der Gesunderhaltung und Pflege der Menschen geschaffen. Bereits 1945 eröffnete Dr. Eichler im Grundstück Hünerrfürst in der Bad-Lausicker Straße eine Arztpraxis. Kurze Zeit später praktizierte dort bis 1947 Dr. Weidner. Zur gleichen Zeit unterhielt bis 1947 Dr. Nawrath im damaligen Grundstück Lehmann in der Bahnhofstraße eine Zahnpraxis. Gegen Ende 1949 kam dann der heutige Direktor des Zytodiagnostischen Zentral-Laboratoriums Grimma, Medizinalrat Dr. Siegfried Zimmer, als junger Arzt wöchentlich zur Sprechstunde von Großbardau zu uns. Unentwegt, bei Wind und Wetter. Anfangs mit dem Fahrrad, später mit dem Leichtmotorrad ersparte er so unseren Einwohnern den umständlichen Arztweg in die Kreisstadt bis zum Jahre 1953.

In einem Raum des ehemaligen Schlosses wurde unter primitiven Bedingungen praktiziert. Wenige Zeit später konnte dann im rechten Flügel des Kulturhauses durch das Kreisgesundheitsamt eine für damalige Verhältnisse moderne Schwesternstation eingerichtet werden. Ausgerüstet mit vielen zweckmäßigen Instrumenten und Anlagen begann Schwester Annegret mit der wirklichen Betreuung unserer Einwohner. Bald herrschte ein reger Betrieb. Auf ärztliche Verordnungen wurden und werden auch heute durch Schwester Erika mit großer Sachkenntnis Heilbehandlungen durchgeführt. Aber auch bei Verletzungen und anderen kleinen „Wehwehchen“ ist die Gemeindeschwester mit ihren langjährigen Erfahrungen jederzeit zur Stelle. Ihre besondere Sorgfalt gilt der Betreuung alter kranker Bürger.



Staatliche Arztpraxis in Otterwisch



FF-Einsatz- und Rettungswagen

Im Zuge der Modernisierung und Erweiterung der Station wurde 1952 eine Zahnstation eingerichtet. Wöchentlich zweimal kommt FrI. Oberarzt Dr. Ott von Grimma zu uns. Ihr Patientenkreis ist nicht klein. So mancher Otterwischer Bürger hat wieder „blendend weiße Zähne“ erhalten.

Als Folge des Aufbaues der Grundlagen des Sozialismus in der DDR konnte 1960 mit großzügiger finanzieller Unterstützung durch unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat in Otterwisch eine Staatliche Arztpraxis eröffnet werden. Im Grundstück Baum in der Bad-Lausicker Straße entstand eine moderne Einrichtung der medizinischen Betreuung der Bürger aus Otterwisch und Umgebung. Dr. Werner Kamen, Tag und Nacht einsatzbereit, hat sich in kurzer Zeit das Vertrauen seiner Patienten erworben. Seine unermüdliche praktische Arbeit und seine gesellschaftliche Tätigkeit tragen wesentlich zur Gesunderhaltung der Bürger unserer Gemeinde und zur Erhöhung der medizinischen Betreuung auf dem Lande bei.

Auch in den Reihen unserer Einwohner verbreitete sich Anfang der 50er Jahre immer mehr das Bedürfnis zur Mitwirkung im organisierten Sanitätsdienst. Bereits am 26. April 1954 gründete Kamerad Otto Hantschmann unter der aktiven Mitwirkung der damaligen Gemeindeschwester Annegret ein Ortskomitee des Deutschen Roten Kreuzes. 35 Aktive begannen eine intensive Ausbildung. Der Lohn blieb nicht aus. Die junge Gruppe belegte im Wettbewerb 1957 im Kreismaßstab den 2. Platz. Als Anerkennung wurde ihr eine komplette Unfallhilfsstelle Typ III übergeben. Für die Lösung der humanitären Aufgaben 1957, für besondere Aufbauenerfolge 1958 und für außerordentliche Leistungen bei der Erfüllung des Planes 1960 wurde die Gruppe mit je einer Urkunde ausgezeichnet.

Neben einer umfassenden Ausbildung sah die Gruppe ihre besondere Aufgabe in der Verbreitung ihrer humanistischen Gedanken und in der Gewinnung neuer Mitglieder und Freunde des DRK. Dabei stand die aktive Einflußnahme auf die Jugend im Vordergrund. So konnte der Arbeitskreis „Junge Sanitäter“ seit 1958 von fünf auf siebzehn Mitglieder anwachsen. Während es 1954 nur vier Freunde des DRK gab, beträgt die Zahl heute 109. Diese Ergebnisse sind nicht im Selbstlauf zustande gekommen. Viel Kleinarbeit galt es zu leisten. Die Kameraden Otto Hantschmann, Wilhelm Böhle, Walter Ostermann, Eduard Hensler und Emma Betke konnten dafür mit dem Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes in Bronze ausgezeichnet werden. Die gleiche Auszeichnung in Bronze und Silber erhielt der seit 1961 amtierende Vorsitzende des Ortskomitees Werner Theml. Unter seiner Leitung ist die Gruppe auf 41 aktive Mitglieder angewachsen. Durch die ständige Erhöhung der Einsatzbereitschaft trägt auch unsere DRK-Gruppe zur weiteren Festigung der Deutschen Demokratischen Republik bei.

Naturbedingt brauchen auf dem Lande nicht nur die Menschen ärztliche Betreuung. Die verschiedenartigsten Tiere haben oft den „Doktor“ dringend nötig. Von 1947 bis 1951 waltete der Tierarzt Dr. Welsch mit viel Umsicht seines Amtes. Kurz nach der Gründung der LPG „Pionier“ 1952 trat an seine Stelle Dr. Meyer. Er setzte in den vergangenen Jahren sein ganzes fachliches Können für die Gesundung der Viehbestände ein. TBC-freie Rinderställe sind sein Ziel. Er ist Tag und Nacht auf den Beinen zum Wohle der Tiere, zum Wohle der Menschen für die sozialistische Entwicklung auf dem Lande.

Satz, Druck und Verarbeitung:

Gebrüder Kühn · Böhlitz-Ehrenberg Kreis Leipzig

III/18/25 L 743 669 1000

